

Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2018

Carmen Heinrich

**„Weitergehen, hier gibt's nichts
zu sehen!“**

**Wie uns Koalitionstheorien den
deutschen**

**Regierungsbildungsprozess
2017/2018 erklären können.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	1-3
2. Theoretischer Rahmen	4-13
2.1. Koalitionstheorien.....	4-11
2.2. Theoretische Annahmen	11-12
2.3. Koalitionen in Deutschland	12-13
3. Methodisches Vorgehen.....	14-17
4. Der deutsche Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018.....	18-43
4.1. Die <i>minimal winning</i> Koalitionen.....	19-20
4.2. Das <i>size principle</i> im 19. deutschen Bundestag.....	21-22
4.3. Die Anzahl der Parteien in einer Koalition.....	23-24
4.4. Die Bedeutung von Ämtern.....	25-26
4.5. Die Rolle des <i>median legislator</i>	27-29
4.6. Ideologien und <i>policy</i> -Ziele.....	30-36
4.6.1. Jamaikakoalition.....	32-33
4.6.2. GroKo.....	33-35
4.6.3. Die Relevanz von <i>policy</i> -Zielen.....	35-36
4.7. <i>Vertrautheit</i> zwischen koalierenden Parteien.....	37-39
4.8. Der Stellenwert von Konflikt.....	40-43
5. „Weitergehen hier gibt´s nichts zu sehen“.....	44-47
6. Literaturverzeichnis.....	48-52
7. Kodierleitfaden.....	53
Eigenständigkeitserklärung.....	54

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: CHESDATA-Werte auf STATA.....	16
Abbildung 2: allgemeine Links-Rechts-Dimension der Parteien im 19. Deutschen Bundestag.....	27
Tabelle 1: Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag.....	18
Tabelle 2: <i>minimal winning coalitions</i> im 19. Deutschen Bundestag.....	19
Tabelle 3: <i>minimal winning coalitions</i> nach Anzahl von Sitzen sortiert.....	21
Tabelle 4: Parteien nach Links-Rechts-Einordnung sortiert sowie Anzahl der Sitze im 19. Deutschen Bundestag.....	28
Tabelle 5: <i>minimal winning coalitions</i> nach ideologischer Distanz sortiert.....	31

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GroKo	Große Koalition
SZ	Süddeutsche Zeitung

1. Einführung

Gegenstand dieser Arbeit ist der Regierungsbildungsprozess in Deutschland nach der Bundestagswahl im September 2017 (SZ 24.09.2017: 1).

Auf Grundlage unterschiedlicher theoretischer Ansätze zur Koalitionsbildung soll dessen Verlauf beleuchtet werden. Zudem soll untersucht werden, inwieweit Koalitionstheorien den deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 erklären können. Die Relevanz dieses Forschungsthemas ergibt sich primär aus der Aktualität des untersuchten Kontexts. Ferner kam es 2017 zum ersten Mal seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland dazu, dass eine Regierungsbildung scheiterte (SZ 22.11.2017: 5). Vor diesem Hintergrund ist eine Analyse der Faktoren, welche zu dieser Entwicklung beitrugen, von Belang.

Die Anwendung von Koalitionstheorien bietet sich vor allem aufgrund der großen Forschungsdichte auf diesem Gebiet der Politikwissenschaft an. Da Parteien in parlamentarischen Demokratien nur selten die Mehrheit der Sitze im Parlament erlangen, ist die Bildung von Koalitionen in ebendiesen Systemen unabdingbar (Bäck 2003: 1). Auch in Deutschland bedarf die Wahl eines Bundeskanzlers der Mehrheit der Stimmen aller Abgeordneten im Bundestag (Art. 63 Abs. 2 GG).

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts setzen sich zahlreiche Politikwissenschaftler mit den Prozessen, die einer Koalitionsbildung zugrunde liegen, auseinander. Michael Laver und Norman Schofield erörtern, dass das Beleuchten von Koalitionsprozessen „simply one of the most important substantive projects in political science“ (Laver/Schofield 1998: 89) sei.

Trotz der Vielzahl an empirischen Analysen und theoretischen Annahmen existiert allerdings kein einheitliches Modell, welches die wichtigsten Faktoren bei der Bildung von Koalitionen bestimmt (Bäck 2003: 1).

Die Politikwissenschaftler Lanny Martin und Randolph Stevenson heben hervor, dass es wichtig ist, die Kompatibilität der unterschiedlichen Koalitionstheorien zu würdigen und das gesammelte Wissen in eine „einzelne kohärente Theorie“ umzuformulieren (Martin/Stevenson 2001: 49, Übersetzung der Verfasserin).

Die folgende Arbeit zielt nicht darauf ab, eine widerspruchsfreie Theorie zu entwickeln. Vielmehr soll unter Berücksichtigung der geleisteten Forschung auf die Vereinbarkeit der Theorien hingewiesen werden.

Nach der Bundestagswahl im September 2017 zogen CDU, SPD, die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen, CSU, FDP und AfD in den 19. Deutschen Bundestag ein. Keine der Parteien erhielt in dieser Wahl die Mehrheit der Stimmen (Bundeswahlleiter 2017).

Zum ersten Mal seit den 1950er-Jahren sind damit sieben Parteien in sechs Fraktionen vertreten. Alle Parteien schlossen es aus, mit der AfD zu koalieren und die SPD kündigte an, in die Opposition zu gehen. Aus diesem Grund begann die Fraktion CDU und CSU Koalitionsgespräche mit der FDP und den Grünen (SZ 25.09.2017: 1). Diese Koalition wird wegen der schwarz-gelb-grünen Parteifarben Jamaika-Koalition genannt (FAZ 25.09.2017: 1).

Im November 2017 beendete die FDP die sogenannten Sondierungsgespräche mit der Union und den Grünen einseitig (SZ 22.11.2017: 5). Damit war der Versuch, eine Jamaika-Koalition zu bilden, gescheitert.

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lehnte es ab, vorgezogene Neuwahlen stattfinden zu lassen und bat den SPD-Vorsitz zu Gesprächen mit der Union. Auf einem Parteitag stimmte die SPD schließlich den Verhandlungen mit der Union über die Bildung einer großen Koalition zu (SZ 23.01.2018: 1). Am 07. Februar 2018 einigten sich Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag (SZ 08.02.2018: 6).

Die Berichterstattung bezüglich der Koalitionsverhandlungen in Deutschland war extensiv. Schränkt man die Suche nach „Koalition Deutschland“ im Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf den Tag der Bundestagswahl im September 2017 bis zur Einigung zur sogenannten GroKo im Februar 2018 ein, erhält man weit mehr als 1.000 Treffer (FAZ-Archiv 2018). Die Bildung einer dritten GroKo wurde nach der Wahl nicht prognostiziert. „Merkel bleibt nur die Jamaika-Koalition“ lautete beispielsweise ein einschlägiger Artikel der Süddeutschen Zeitung (SZ 22.11.2017: 5). Das Bündnis aus Union, FDP und Grünen wurde als einzige „realistische Koalitionsoption“ (SZ 11.11.2017: 4) bezeichnet. Das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition wurde als logische Handlungsmöglichkeit inszeniert und auch ihr Scheitern erlangte umfassendes mediales Interesse (z. B. SZ 21.11.2017: 3, FAZ 04.12.2017: 2)

Die leitende Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit lautet nun:

Ist die Bildung der Jamaika-Koalition oder der GroKo vor dem Hintergrund
koalitionstheoretischer Annahmen wahrscheinlicher?

Die Presseberichterstattung ließ zunächst vermuten, dass die Bildung einer Jamaika-Koalition vorhersehbar sei und versuchte nach deren Scheitern zu ermitteln, welche Gründe hierfür maßgeblich waren. Die umfassende theoretische Einbettung von Koalitionsprozessen ermöglicht einen anderen Blickwinkel auf die Vorgänge, die dem deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 zugrunde liegen. In einem Y-zentrierten qualitativen Forschungsdesign soll die Forschungsfrage beantwortet werden. Es soll untersucht werden, welche Variablen für das Scheitern der Jamaika-Sondierungen und für die Einigung der GroKo maßgeblich waren. Die Variablen sollen aus unterschiedlichen theoretischen Modellen zur Koalitionsbildung entnommen werden. Als Datengrundlage soll eine Medienanalyse der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dienen. Ergänzend werden Daten zur Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag, die Chapel-Hill-Expertenumfrage bezüglich der *policy*-Positionierungen der Parteien sowie eine Übersicht der Koalitionen auf Bundesebene seit 1949 herangezogen.

Die mediale Berichterstattung analysierte den Abbruch der Jamaika-Sondierungen ausgiebig und inszenierte ihn als unvorhersehbaren Vorfall. War die Jamaika-Koalition tatsächlich die „realistische Koalitionsoption“ (SZ 11.11.2017: 4) und war es „überraschend“, dass die Sondierungsgespräche abgebrochen wurden (SZ 22.11.2017: 5)? Konnte man die Neuauflage der GroKo nicht vorhersehen? Gab es bezüglich des Regierungsbildungsprozesses tatsächlich so viel zu sehen? Die Berücksichtigung koalitionstheoretischer Annahmen könnte den Ausgang der Sondierungsgespräche prognostizieren. Damit würde in Bezug auf die Presseberichterstattung die Aussage „Weitergehen, hier gibt’s nichts zu sehen!“ zutreffen.

2. Theoretischer Rahmen

Die ersten Koalitionstheorien gehen davon aus, dass Parteien nur an der Maximierung eigener Macht interessiert sind. Im Sinne von Downs (1957) Theorie der Rationalität sind Parteien nutzenmaximierende Akteure, welche nach der Besetzung von möglichst vielen Ämtern streben. In vielen Mehrparteiensystemen erhält keine Partei genügend Stimmen, um alleine zu regieren, sodass Koalitionen gebildet werden müssen.

Koalitionsbildungen erschweren rationales Verhalten, da keine Partei alle Ämter besetzen kann (Downs 1957: 156). Die im Verlauf dieses Kapitels aufgeführten Werke geben Aufschluss darüber, wie sich Parteien nach Wahlen verhalten, welche nicht dem „winner-take-all“-Prinzip nach Downs (1957: 143) entsprechen.

2.1. Koalitionstheorien

Von Neumann und Morgenstern (1947) konzipieren eine Nutzenfunktion, welche Entscheidungen unter Unsicherheit modellieren soll. Sie betrachten Koalitionsprozesse als Prozesse, in denen Akteure entweder gewinnen oder verlieren können. Gewinnen kann eine Partei nur, wenn sie in die Koalition integriert ist und demnach Regierungsämter innehat.

Parteien, welche aus der Koalition ausgeschlossen sind, profitieren nicht von diesen Prozessen (von Neumann/Morgenstern 1947: 229). Folglich ist das Ziel aller im Koalitionsprozess involvierten Akteure, der Koalition beizutreten.

Von Neumann und Morgenstern schließen dabei andere Motive als das Streben nach Ämtern aus (von Neumann/Morgenstern 1947: 420 ff.). Das Ziel der Parteien im Regierungsbildungsprozess ist demzufolge eine *minimal winning coalition*.

Diese Koalition verfügt im Parlament über die Mehrheit der Sitze unter Verzicht auf unnötige Koalitionspartner. Im Umkehrschluss wird eine *minimal winning coalition* zu einer *losing coalition*, sobald eine Partei austritt (von Neumann/Morgenstern 1947: 430).

Um die Vorhersagekraft dieser Theorie zu erhöhen, erweitert Riker dieses Argument 1962 um das *size principle* (Riker 1962: 47). Die Größe von Koalitionen misst er an der Anzahl an Sitzen, die diese in einem Parlament besetzt. Auch Riker geht davon aus, dass Parteien Koalitionen bilden, welche sicherstellen, dass sie gewinnen, ohne dabei größer als notwendig zu sein. Um den eigenen Gewinn zu maximieren, versuchen sie, die Anzahl der in der Koalition involvierten Akteure möglichst gering zu halten. Parteien versuchen andere Parteien in die Koalition zu integrieren, um eine Mehrheit der Sitze im Parlament zu garantieren. Ist dieses Ziel erreicht, versuchen die Parteien, die Koalition nicht um weitere Mitglieder wachsen zu lassen. Parteien bilden bevorzugt *minimum winning coalitions*, das heißt solche, welche nur über die geringste Anzahl an Parlamentssitzen über der Mehrheit verfügen (Riker 1962: 32 f.).

Leiserson (1968) baut ebenfalls auf den Argumenten von Neumanns und Morgensterns auf, um die Präzision von Koalitionsvorhersagen zu erhöhen. Auch er geht davon aus, dass Ämter nur erhalten werden können, wenn man Teil der Koalition ist. Die Besetzung von Kabinettsposten wird in seinem Modell ebenfalls als Gewinn beschrieben. Sie stellt hier gleichermaßen die treibende Motivation der Parteien dar, einer Koalition beizutreten. Akteure sind auch in diesem Modell an der Maximierung eigener Gewinne interessiert. Leiserson argumentiert, dass diese aufgeteilt werden müssen und folglich größer sind, wenn sie unter weniger Akteuren geteilt werden (Leiserson 1968: 773).

Er erweitert diese Annahmen insoweit, als dass er die Unsicherheit bei den Verhandlungen in einer Koalition berücksichtigt. Er nennt diesen Aspekt *bargaining proposition*. Je mehr Parteien eine Koalition umfasst, desto schwieriger werden sämtliche Verhandlungen. Zusätzliche Akteure erschweren überdies die Aufteilung von Kabinettsposten. In der Regel müssen die Ämter zwischen den Parteien in einer Koalition aufgeteilt werden. Parteien versuchen daher *minimal winning coalitions* mit der kleinsten Anzahl an Parteien zu bilden (Leiserson 1968: 775).

Diese sogenannten *office*-zentrierten Theorien stellen das Streben nach Ämtern in den Mittelpunkt von Koalitionsprozessen. Die Theorien können Koalitionsbildungen relativ zuverlässig voraussagen (Laver/Schofield 1998: 96).

Problematisch ist allerdings, dass die konzipierten Kriterien keine ausschließenden Vorhersagen treffen, also zumeist mehrere Optionen aufzeigen (Bäck 2003: 5).

Rikers *size principle* und Leiserons *bargaining proposition* reduzieren zwar die Vorhersagen, schneiden allerdings empirisch nicht so gut ab wie das *minimal winning*-Kriterium. Das *minimal winning*-Modell von Neumann und Morgenstern kann in der Empirie im Vergleich zu den beiden anderen Ansätzen nachgewiesen viele Koalitionsbildungen in parlamentarischen Systemen korrekt vorhersagen (Laver/Schofield 1998: 96). Nichtsdestotrotz können ämterorientierte Theorien Koalitionen nur begrenzt prognostizieren (Martin/Stevenson 2001: 47). Deshalb reflektieren spätere Koalitionstheorien diese rein ämterorientierte Ausrichtung von Parteien kritisch und würdigen neben dieser Motivation auch die *policy*-Orientierung von Parteien. Sie bauen auf der Grundannahme auf, dass Parteien auch von programmatisch-ideologischen Vorstellungen motiviert werden und daran interessiert, sind eigene Politikinhalt in der Regierung umzusetzen.

Axelrod (1970) hebt beispielsweise hervor, dass klassische ämterorientierte Theorien Koalitionen nicht präzise genug vorhersagen können. In einem Parlament mit acht Parteien wären beispielsweise 256 Koalitionen möglich, von denen 128 regierungsfähig seien. Die Prognose von Koalitionen bedarf daher weiterer Einschränkungen (Axelrod 1970: 166).

Axelrod geht von einem Interessenkonflikt als Ausgangsproblem politischer Situationen aus. Einen solchen beschreibt er als Inkompatibilität der Ziele, welche verschiedene Akteure verfolgen (Axelrod 1970: 5). Er führt an, dass Parteien daran interessiert sind ihre eigenen *policy*-Ziele umzusetzen und deshalb regieren wollen. Sie sind aus diesem Grund bestrebt, den Interessenkonflikt zwischen ihren eigenen Vorstellungen und den Zielen des Koalitionspartners möglichst gering zu halten. Interessenkonflikte sind schwach ausgeprägt, wenn die ideologische Streuung zwischen den Mitgliedern einer Koalition gering ist. Eine eindimensionale Links-Rechts-Skala gibt Aufschlüsse darüber, wie die Ideologien verschiedener Parteien verteilt sind (Axelrod 1970: 167 ff.). Die wahrscheinlichste Form der Regierungsbildung ist nach Axelrod eine *minimal connected winning coalition*. Diese beschreibt er als eine Koalition, welche aus ideologisch nahestehenden Parteien besteht und eine *minimal winning coalition* im Sinne des Modells von Neumanns und Morgensterns darstellt (Axelrod 1970: 170).

De Swaan (1973) versucht zu ermitteln, weshalb sich in der Praxis Koalitionen bilden, welche mehr Mitglieder haben als unbedingt notwendig sind (de Swaan 1973: 103). In seiner analytischen Theoriekonstruktion führt er die *policy distance* als entscheidendes Kriterium bei der Bildung von Koalitionen ein. Die Grundannahme seiner *distance theory* besagt, dass Parteien unterschiedliche *policy*-Positionen haben, welche sich auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala verorten lassen können. Parteien treten einer Koalition in seinem Modell dann bei, wenn sie erwarten, dass diese Koalition in der Zukunft ihre *policy*-Interessen umsetzen wird. Entscheidend ist hier auch der zentrale Akteur, dessen Stimmgewicht größer ist als die Differenz der Stimmen zu seiner rechten und linken. Dieser Akteur hat somit die entscheidende Stimme (de Swaan 1973: 111-113).

Ähnlich wie bei Axelrod basiert seine Theorie auf der Annahme, dass Parteien nicht allein ämterorientiert handeln, sondern auch an der Umsetzung der von ihnen bevorzugten *policies* interessiert sind. Parteien versuchen folglich Koalitionen zu bilden, in denen sie eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung von *policies* einnehmen. Außerdem tendieren sie dazu, Koalitionen mit Parteien zu bilden, deren Ideologie der eigenen ähnelt, also sogenannte *closed coalitions* (de Swaan 1973: 333).

Während Axelrod den *policy*-Aspekt primär in seine Theorie einbindet, um die Vorhersagekraft des *minimal winning*-Kriteriums zu erhöhen, schreibt de Swaan der *policy*-Orientierung eine zentrale Rolle im Koalitionsbildungsprozess zu (de Swaan 1973: 111).

Neuere Koalitionstheorien werten neben der *office*- und *policy*-Orientierung von Parteien die Bedeutung weiterer Faktoren auf. Sie versuchen, die Größe von Koalitionen durch die Einführung institutioneller Faktoren zu begründen.

Franklin und Mackie (1983) zielen in ihrer Studie beispielsweise darauf ab, die Vorhersagekraft von Koalitionstheorien zu erhöhen, indem sie neue Kriterien einbauen (Franklin/Mackie 1983: 284). Sie gehen davon aus, dass Koalitionsprozesse ein Spiel sind, dessen Gewinne zum Zeitpunkt der Bildung noch nicht fixiert sind. Gewinne werden maximiert, wenn die involvierten Akteure davon ausgehen können, dass die gebildete Koalition in der kommenden Legislatur wichtige Aufgaben erfüllen kann. Dies ist am einfachsten, wenn die Koalition klein und ideologisch zusammenhängend ist (Franklin/Mackie 1983: 276).

Die Autoren führen darüber hinaus den Aspekt der „Vertrautheit“ (*familiarity*) in die Koalitionstheorie ein. Sie gehen davon aus, dass eine Koalitionsbildung wahrscheinlicher ist, wenn Parteien bereits in der Vergangenheit zusammengearbeitet haben. Diese „Vertrautheit“ kann Verhandlungskosten senken und eine gemeinsame Zusammenarbeit in der Regierung vereinfachen. „Vertrautheit“ ist folglich ein entscheidender Faktor im Regierungsbildungsprozess, welcher sogar ideologische Differenzen überwinden kann.

Des Weiteren führt „Vertrautheit“ auch zur „Trägheit“ (*inertia*) der Parteien. Besonders dann, wenn ähnliche Koalitionen erneut gebildet werden können, bevorzugen Parteien in der Regel etablierte Koalitionsoptionen. Diese Kontinuität kann für einzelne Parteien attraktiv sein, da es mehr Aufwand erfordert, in einer neuen Koalition mit neuen Arbeitsstilen zu regieren (Franklin/Mackie 1983).

Die Vorhersage einer Koalition ist laut diesem Modell dann am zuverlässigsten, wenn sie die Koalition prognostiziert, welche klein und ideologisch verwandt ist, sowie zur selben Zeit der letzten amtierenden Koalition entspricht (Franklin/Mackie: 279).

Auch im Modell von Austen-Smith und Banks (1988) liegen die Anreize einer Partei, sich einer Koalition anzuschließen, nicht allein in der Besetzung politischer Ämter. Ein institutioneller Faktor, den sie in ihr Modell integrieren, ist die Verteilung der Wählerstimmen. Die Partei, welche über die meisten Wählerstimmen verfügt, agiert mit großer Wahrscheinlichkeit als Regierungsbildner (*formateur*) der nächsten Koalition. Der Regierungsbildner wird den Koalition mit großer Wahrscheinlichkeit beeinflussen (Austen-Smith/Banks 1988: 408).

Wie auch Austen-Smith und Banks gehen Baron und Diermeier (2001) von der bedeutenden Rolle des Regierungsbildners aus. Dieser geht in der Regel eine Koalition mit derjenigen Partei ein, deren Interessen den eigenen am ähnlichsten sind (Baron/Diermeier 2001: 950). Er hat darüber hinaus einen bedeutenden Einfluss auf die Umsetzung bestimmter *policies* und die Besetzung von Ämtern, da er entscheiden kann ,mit welcher Partei er eine Koalition bildet (Baron/Diermeier 2001: 936).

Obwohl das Grundmodell von Baron und Diermeier nur eine Verhandlungsrunde bezüglich der Regierungsbildung vorsieht, räumen die Autoren ein, dass es durchaus mehrere Verhandlungsrunden geben kann. In einem solchen Fall steigen die Chancen potenzieller Koalitionsparteien, bestimmte Ämter zugesprochen zu bekommen, da der Regierungsbildner sie eventuell als Zugeständnis abtreten muss (Baron/Diermeier 2001: 951).

Laver und Schofield würdigen in ihrem Werk die Weiterentwicklung von Koalitionstheorien und betonen die Fortschritte auf diesem Forschungsgebiet (Laver/Schofield 1998: 142 ff.). Darüber hinaus reflektieren sie die Beweggründe von Parteien kritisch und unterstreichen, dass die Gewinne, durch die Parteien zu Koalitionsverhandlungen motiviert werden, nicht im Voraus festgelegt werden können. Parteien, die beispielsweise primär an der Besetzung von Ämtern interessiert sind, können, um Wählerstimmen zu sichern, bestimmte *policies* verfolgen. Genauso können Parteien, welche an der Durchsetzung von *policies* interessiert sind, auf Ämter fokussiert sein, wenn sie dadurch die Arbeit der Regierung beeinflussen wollen (Laver/Schofield 1998: 60 f.) .

Sie versuchen darüber hinaus, die Logik hinter der Bildung von Mehrheitskoalitionen aufzudecken (Laver/Schofield 1998: 73). Wenn man sich an älteren Koalitionstheorien orientiert, ist die Bildung von möglichst kleinen Koalitionen die naheliegende Option. Besonders der *office*-zentrierte Ansatz kann nicht erklären, weshalb es in der Empirie zur Bildung von Mehrheitsregierungen kommt und ist nach Laver und Schofield „*policy* blind“ (Laver/Schofield 1998: 91).

Ausgangspunkt für die Vorhersage von Koalitionen ist in ihrem Werk der *median legislator*. Als *median legislator* wird der Abgeordnete in einem Parlament bezeichnet, welcher zu seiner Linken und seiner Rechten jeweils gleich viele Sitze hat. Die Partei, welche den *median legislator* kontrolliert, ist in der Lage, die Regierungsbildung entscheidend zu beeinflussen und ihre *policies* umzusetzen. Sie kann darüber entscheiden mit welcher Partei sie eine Koalition eingehen wird. Um ihre *policy*-Ziele durchzusetzen, wird sie wahrscheinlich mit der ihr ideologisch am nächsten gelegenen Partei ein Bündnis eingehen (Laver/Schofield 1998: 111).

Müller und Strøm (1999) merken an, dass es auf Grundlage von *office*-zentrierten Modellen für Analysten schwer herauszuarbeiten sei, weshalb bestimmte Ämter verfolgt werden (Müller/Strøm 1999: 6). Sie gehen davon aus, dass Parteien von drei unterschiedlichen Zielen beeinflusst werden, welche zur selben Zeit verfolgt werden können. Ähnlich wie im Modell von Laver und Schofield können Ämter beispielsweise angestrebt werden, um *policies* umzusetzen. Sie heben insbesondere die Bedeutung von Wählerstimmen als Motivation von Parteien im Regierungsbildungsprozess hervor. Die Umsetzung bestimmter *policies* und die Besetzung von Ämtern kann der Sicherung von Wählerstimmen dienen (Müller/ Strøm 1999: 280).

Darüber hinaus erwähnen sie, dass Vorwahlallianzen („precommitments“) bei der Untersuchung von Koalitionsbildungsprozessen berücksichtigt werden müssen (Müller/ Strøm 1990: 300).

Martin und Stevenson (2001) evaluieren in ihrer Analyse verschiedener parlamentarischer Systeme die Vorhersagekraft klassischer Koalitionstheorien. Aus ihrer Sicht sind die Kriterien der Größe und Ideologie isoliert betrachtet nicht hinlänglich, um Koalitionsbildungen in der Realität vorherzusagen (Martin/Stevenson 2001: 35 ff.). Ihre Untersuchung kann verifizieren, dass *minimal winning* Koalitionen öfter auftreten als Minderheits- oder Mehrheitsregierungen (Martin/Stevenson 2001: 41). Ferner macht ihre Auswertung deutlich dass der Sitz einer Partei in der Regierung („incumbency“) ihre Chancen erhöht, die nächste Regierung zu bilden (Martin/Stevenson 2011: 48). Die Autoren weisen Franklins und Mackies Kriterium der „Vertrautheit“ in einer systematischen Analyse unterschiedlicher Koalitionen nach und bestätigen damit, dass Parteien bevorzugt Koalitionen mit Parteien eingehen, mit denen sie bereits regiert haben, können aber empirisch nicht nachweisen, dass es sich dabei um die letzte amtierende Koalition handeln muss. Außerdem kann ihre Analyse nachweisen, dass jene Partei, der die Rolle als Regierungsbildner zukommt, mit großer Wahrscheinlichkeit in der regierenden Koalition vertreten sein wird (Martin/Stevenson 2010: 504 ff.).

Ein weiterer Einflussfaktor ist in diesem Modell der öffentliche Konflikt. Aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren, ist es unwahrscheinlich, dass Parteien eine Koalition mit der Partei eingehen, mit der sie öffentlich einen erheblichen Konflikt ausgetragen haben (Martin/Stevenson 2010: 508). Damit bauen sie auf der Berücksichtigung des historischen Kontexts in Franklin und Mackies Modell auf. Die Abwesenheit von Konflikten in der Vergangenheit kann beispielsweise erklären, weshalb Parteien daran interessiert sind, vertraute Bündnisse einzugehen (Martin/Stevenson 2010: 507).

2.2. Theoretische Annahmen

Aus den beschriebenen theoretischen Ansätzen lassen sich eine Vielzahl von Hypothesen formulieren. Orientiert man sich an Neumanns und Morgensterns (1944) *minimal winning*-Kriterium wäre eine Koalitionsbildung zu erwarten, die sich auf die zum Gewinnen notwendigen Parteien beschränkt (H1), wobei das Gewinnen mit der Mehrheit der Sitze im Parlament gleichgesetzt wird (Neumann/Morgenstern 1944: 428). Ferner kann man die Bildung der kleinstmöglichen Koalition einkalkulieren, welche nur die Mindestanzahl an Sitzen über der parlamentarischen Mehrheit hat (H2) und damit eine *minimum winning coalition* darstellen würde (Riker 1962).

Leiserson (1968) akzentuierte die Bedeutung von Verhandlungen und ging davon aus, dass diese mit zunehmender Anzahl an politischen Akteuren erschwert werden. Folglich wäre eine Koalition mit der geringstmöglichen Anzahl an Parteien wahrscheinlicher (H3).

Während sich diese Annahmen einzig und allein auf die Größe der Koalition beziehen, würdigen nachfolgende Theorien auch die ideologisch-programmatische Ausrichtung von Parteien.

Laver und Schofield (1998) heben die Bedeutung der *policy*-Positionen von Parteien hervor. Diese lassen sich auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala messen und geben Aufschlüsse über potenzielle Koalitionen.

Am wahrscheinlichsten wäre nach diesem Modell die Bildung einer Koalition, welche den *median legislator* einschließt. Dieser sollte einen bedeutenden Einfluss auf die Regierungsbildung haben (H5).

Axelrod (1970) schließt zwar das *minimal winning*-Kriterium in seine Annahmen mit ein, erweitert es allerdings um den *policy*-Aspekt von Koalitionen. In de Swaans (1973) Modell ist die ideologische Distanz zwischen Parteien ausschlaggebend. Koalitionen sind nach diesen Theorien am wahrscheinlichsten, wenn sie *minimal* sind und die involvierten Parteien benachbarte *policy*-Ziele verfolgen (H5).

Franklin und Mackie (1983) bauen diesen *policy*-Ansatz aus, indem sie die Kriterien „Vertrautheit“ und „Trägheit“ in ihren Ansatz inkludieren. Parteien gehen folgerichtig lieber gewohnte Koalitionsbündnisse ein und bilden mit größerer Wahrscheinlichkeit die

Koalition, die bereits in der letzten Legislatur regiert hat. Martin und Stevenson (2010) können den historischen Aspekt dieser Theorie empirisch nachweisen, finden allerdings keine Belege die auf die „Trägheit“ von Parteien hindeuten. Infolgedessen kann angenommen werden, dass Koalitionen wahrscheinlicher sind welche klein und ideologisch verwandt sind und zudem einer in der Vergangenheit regierenden Koalition entsprechen (H6).

Aufbauend auf dem Beitrag von Martin und Stevenson (2010) kann auch angenommen werden, dass eine Koalitionsbildung unwahrscheinlicher wird, wenn die potenziellen Koalitionspartner in der unmittelbaren Vergangenheit im Rahmen eines Regierungsbündnisses erhebliche öffentliche Konflikte ausgetragen haben (H7). Diese Hypothese stellt eine Ergänzung zum Kriterium der „Vertrautheit“ dar (Martin/Stevenson 2010: 504) und kann die Präferenzen von Parteien, bestimmte Koalitionen einzugehen, erklären.

Eine letzte Hypothese rückt den Regierungsbildner in den Fokus, der im Regierungsbildungsprozess eine entscheidende Rolle spielt (Austen-Smith/Banks 1988: 408; Baron/Diermeier 2001: 936) (H8).

2.3. Koalitionen in Deutschland

Neben Luxemburg und den Niederlanden ist Deutschland eines der wenigen europäischen Länder, in denen Einparteienregierungen die Ausnahme darstellen

(Schüttemeyer 1999: 81).

Erst einmal in der Geschichte konnte eine einzige Fraktion als Mehrheitsregierung agieren. Zwischen 1960 und 1961 hatte die CDU/CSU unter Adenauer die Mehrheit der Sitze im Bundestag inne und regierte ohne Koalitionspartner. Auch Minderheits- und Einparteienregierungen stellen im Bund eine Ausnahme dar. Koalitionsregierungen entsprechen demnach eher der Regel (Decker 2011: 61).

Das deutsche Grundgesetz nennt Koalitionen nicht explizit, hat jedoch inhaltliche Bedeutung für das Zustandekommen und Bestehen von Koalitionen, da es unter anderem die Mehrheitserfordernisse im Deutschen Bundestag festlegt und damit eine parlamentarische Mehrheit zum Regieren erforderlich macht (Saalfeld 2000: 35; Art. 63 GG). Anders als in anderen Ländern legt das Grundgesetz nicht fest, wem die Rolle des Regierungsbildners zukommt (Saalfeld 2000: 36). In der Regel kommt der Partei mit den meisten Sitzen im Bundestag die Rolle als Regierungsbildner zu. Allerdings gab es bereits Wahlen, bei denen die Unionsparteien zwar die meisten Stimmen erhalten hatten, aber nicht Teil der Koalition wurden. Dies trat nach den Wahlen in den Jahren 1969, 1976 und 1980 ein (Lees/Taylor 2006: 158).

Der Regierungsbildungsprozess kann in Deutschland auch schon vor den Wahlen beginnen. Seit den 1960er-Jahren schließen Parteien Koalitionspakete und drücken im Vorfeld aus, mit welchen Parteien sie unter keinen Umständen koalieren wollen (Saalfeld 2000: 39). Durch das Bekanntgeben bevorzugter Koalitionspartner können Präferenzen und Positionen der Parteien oft schon vor den Wahlen bestimmt werden (Schüttemeyer 1999: 85).

Empirische Analysen in Deutschland haben bestätigt, dass sowohl die *office*- als auch die *policy*-Orientierung von Parteien Bedeutung in Regierungsbildungsprozessen hat (Linhart 2013: 288). Isoliert betrachtet eignet sich allerdings keiner der vorgestellten theoretischen Ansätze, um Koalitionsprozesse in Deutschland zu erklären. Um eine einheitliche Theorie für den bundesdeutschen Kontext zu entwickeln, bedarf es weiterer Forschung (Linhart 2013: 309).

3. Methodisches Vorgehen

Die Analyse von Koalitionsbildungen unterliegt nicht einem übergreifenden Untersuchungsdesign. Vielmehr kommt es bei der Untersuchung der Prozesse darauf an, welche Frage der Forscher aufwirft und welchen Aspekt der Koalitionsbildung er analysieren will. Eine Möglichkeit, die sich für den Vergleich der theoretischen Annahmen eignet, ist beispielsweise die Kombination aus quantitativer Datenanalyse und eingehender Analyse von Fallstudien (Bäck 2003: 24).

In dieser Arbeit sollen unterschiedliche theoretische Annahmen auf ihre Anwendbarkeit auf den deutschen Kontext geprüft werden. Auf diese Weise soll die Beantwortung der oben ausgeführten Forschungsfrage erfolgen. Der Untersuchungsgegenstand ist auf den deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 beschränkt.

Das Forschungsdesign ist Y-zentriert und soll ergründen, welche X-Variablen zum Scheitern der Jamaika-Sondierungen beziehungsweise zur Bildung der GroKo beigetragen haben. In diesem Rahmen soll untersucht werden, welche Vorhersagen sich auf Grundlage der unterschiedlichen theoretischen Ansätze ableiten lassen. Dazu sollen Koalitionsoptionen aus allen sechs Fraktionen im 19. Deutschen Bundestag berücksichtigt werden. Empirischer Schwerpunkt dieser Arbeit ist der Vergleich der Jamaika- und der GroKo-Option.

Viele Forscher argumentieren, dass qualitative Analysen sich zur Aufdeckung kausaler Mechanismen besser eignen. Darüber hinaus erfordert eine quantitative Inhaltsanalyse das Sammeln von zeit- und flächenübergreifenden Daten. Dieses Vorgehen ist sehr zeitaufwändig und kann kostspielig sein (Bäck 2003: 24).

Da der Forschungsgegenstand zeitlich und kontextuell eingeschränkt ist, macht ein quantitatives „large-n“-Forschungsdesign ferner nur begrenzt Sinn.

Zur Analyse dieses Kontexts soll daher eine qualitative Inhaltsanalyse anhand einer Fallstudie durchgeführt werden.

Wie bereits angemerkt soll in dieser Arbeit in erster Linie auf die Analyse des Regierungsbildungsprozesses 2017 und 2018 eingegangen werden. Vor dem Hintergrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit und der Vielzahl an Theorien, welche geprüft werden sollen, bedarf es an dieser Stelle einer Einschränkung.

Um die Vorhersagen der Theorien einzugrenzen, wird davon ausgegangen, dass die Union als Regierungsbildner in jedem Fall Teil der Koalition sein wird. Die Ansätze von Austen-Smith und Banks (1988), sowie von Baron und Diermeier (2001) heben die Rolle des Regierungsbildners hervor. Diese Annahme ist im deutschen Kontext keinesfalls unbedeutend. So ist die Union als Fraktion mit den meisten Stimmen maßgeblich an der Bildung einer neuen Regierung beteiligt (SZ 25.09.2017: 1). Allerdings stellt die Rolle des Regierungsbildners für die Beantwortung der Forschungsfrage keinen zentralen Aspekt dar. Die Union ist sowohl in der Jamaika- als auch in der GroKo-Option Teil der Koalition. Die Würdigung dieser institutionellen Besonderheit ermöglicht es, die Analyse einzuschränken. Im Verlauf dieser Arbeit sollen daher die Hypothesen H1 bis H7 untersucht werden. H8 behandelt die zentrale Rolle des Regierungsbildners. Da dies hier als Grundvoraussetzung behandelt wird, ist die Untersuchung dieser Hypothese unnötig.

Die Hypothesen H1 bis H3 fokussieren sich auf die Größe von Koalitionen um deren Bildung zu prognostizieren. Für die Analyse dieses Faktors soll die Zusammensetzung des 19. Deutschen Bundestags untersucht werden. Dazu sollen die Daten zur Sitzverteilung im Bundestag (Bundestag 2017 a) herangezogen und auf Grundlage einer manuellen Berechnung ausgewertet werden.

Zur Bestimmung des *median legislators* (H4) wird ergänzend zur Sitzverteilung eine eindimensionale Links-Rechts-Skala herangezogen. Laver und Schofield argumentieren, dass man die Links-Rechts-Einstellung von Parteien auf Grundlage von Expertenmeinungen messen kann (Laver/Schofield 1998: 245).

Die Chapel-Hill-Expertenumfrage misst die Positionen europäischer Parteien im Hinblick auf deren ideologisch-programmatische Ausrichtung. Die Umfrage kalkuliert die Links-Rechts-Einstellung von Parteien anhand verschiedener Fragen in Bezug auf allgemeine, ökonomische und soziale Links-Rechts-Einstufung (CHESDATA 2018).

Für die Analyse in dieser Arbeit werden die CHES-STATA-Daten bezüglich der allgemeinen Links-Rechts-Einstellung von Parteien aus dem Jahr 2017 herangezogen. Diese Daten dienen als Basis für die Erstellung einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala.

	lrgen	country	party
1	5.6428570747	ger	CDU
2	3.9285714626	ger	SPD
3	6.5714287758	ger	FDP
4	2.9285714626	ger	Grünen
5	1.4285714626	ger	Linke
6	7.5	ger	CSU
7	9.2142858505	ger	AfD
8	7.75	ger	LKR
9	8.375	ger	BLAU

Abbildung 1: CHESDATA-Werte auf STATA (CHESDATA 2017)

Methodischer Schwerpunkt der Arbeit stellt eine Medienanalyse dar. Diese kann sich als sinnvolle Datenquelle zur Messung von Positionen unterschiedlicher Parteien eignen und bietet sich vor dem Hintergrund des kurzen Untersuchungszeitraums an (König 2017: 341 f.). Sie soll, ergänzend zur Expertenbefragung von Chapel Hill, die *policy*-Interessen der Parteien beleuchten. Darüber hinaus werden auf Grundlage medialer Berichterstattung andere Faktoren, wie beispielsweise die Zusammenarbeit der Fraktionen in der Vergangenheit (H6) oder das Vorhandensein eines öffentlichen Konflikts (H7) ermittelt werden.

Untersucht werden die Inhalte der Printausgaben der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Beide Medien zeichnen sich durch journalistische Qualität mit großer Auflage und unterschiedlicher Ausrichtung aus. Während die SZ liberal orientiert ist, ist die FAZ konservativer ausgerichtet (König 2017: 342). Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Tag der Wahlen am 24. September 2017 (SZ 25.09.2017: 1) und endet am 08. Februar 2018, einem Tag nach der Einigung über den

Koalitionsvertrag der GroKo. Die Aufnahme des 08. Februars in die Recherche wird dadurch erklärt, dass die Einigung am 07. Februar erst im Verlauf des Tages erfolgte und die Printausgaben der Zeitungen zu diesem Zeitpunkt bereits erschienen waren.

Für die Untersuchung wurden alle Artikel herangezogen, welche in diesem Zeitraum veröffentlicht wurden und die Schlagwörter „Koalition“, „Koalitionsbildung“ oder „Regierungsbildung“ in Verbindung mit dem Wort „Deutschland“ enthielten.

Die Selektion der Artikel ist an das Vorgehen von Mayring (2015) angelehnt und soll sich an einem Kodierleitfaden¹ orientieren.

Letztlich wird für die Analyse der Familiarität (H6) die Übersicht deutscher Koalitionen auf Bundesebene von Frank Decker herangezogen (Decker 2011: 61).

Die in den empirischen Kapiteln durchgeführte Untersuchung bezieht sich auf die deutsche Bundesebene. Koalitionsprozesse und vergangene Koalitionen auf Landesebene werden daher in der Analyse nicht berücksichtigt.

¹ Der Kodierleitfaden und der Leitfaden zur Selektion des Materials findet sich im Anhang dieser Arbeit.

4. Der deutsche Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018

Bei der Bundestagswahl 2017 schnitt die CDU mit 26,8 Prozent der Wählerstimmen als stärkste Partei ab. Die CSU erlangte 6,2 Prozent der Stimmen (Bundeswahlleiter 2017 a). Der Fraktion CDU/CSU kommt damit die Rolle des Regierungsbildners zu.

Durch die Änderung des Bundeswahlgesetzes aus dem Jahr 2013 berechnet sich die Stimmverteilung im Bundestag durch eine neue Methode. Wählerstimmen werden in einem mehrstufigen Verfahren in Mandate umgerechnet. Dies hat zum Ergebnis, dass es im 19. Deutschen Bundestag 709 Sitze gibt (Bundestag 2017 a).

Die Gesamtzahl an Sitzen, welche eine Fraktion im Deutschen Bundestag einnehmen kann, setzt sich aus Direktmandaten und Landeslisten zusammen. Die Fraktion aus CDU/CSU besetzt insgesamt 246, die SPD 153, die AfD 92, die FDP 80, Die Linke 69 und Bündnis 90/DIE GRÜNEN 67 Sitze. Darüber hinaus sitzen im Deutschen Bundestag zwei fraktionslose Abgeordnete (Bundestag 2017 a). Mario Mieruch ist seit seinem Austritt aus der AfD im Oktober 2017 fraktionslos (Bundestag 2017 b). Frauke Petry wurde in Sachsen direkt gewählt und trat keiner Fraktion bei (Bundestag 2017 c).

Fraktion	Sitze gesamt (Direktmandate + Landeslisten)
CDU/ CSU	246
SPD	153
AfD	92
FDP	80
Die Linke	69
Bündnis 90/Die Grünen	67
Fraktionslos	2
Gesamt	709

Tabelle 1: Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag
(eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von Bundestag 2017 a)

4.1. Die *minimal winning coalitions*

Folgt man der Nutzenfunktion John von Neumanns und Oskar Morgensterns (1944) ist die Bildung einer *minimal winning coalition* am wahrscheinlichsten (H1).

Eine Koalition ist im deutschen Bundestag *minimal winning*, wenn sie nur die Parteien beinhaltet, die zusammen eine Mehrheit der 709 Sitze innehaben. Tritt eines der Koalitionsmitglieder aus dieser Koalition aus, verfügt sie nicht mehr über eine Stimmenmehrheit im Bundestag.

Die Mehrheit hat in dieser Konstellation eine Koalition mit 355 Sitzen. Vernachlässigt man die Tatsache, dass der Union die Rolle als Regierungsbildner zukommt, wären hier zahlreiche Koalitionen denkbar. Würdigt man allerdings die institutionellen Besonderheiten in Deutschland, sollte die CDU/CSU in jeder der Koalitionsoptionen vertreten sein. Dementsprechend kämen sieben Koalitionen in Betracht, welche *minimal winning* sind und die Fraktion CDU/CSU integrieren.

Option	Koalition aus	Sitze
a.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + Die Linke	382
b.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + FDP	393
c.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + AfD	405
d.	CDU/CSU + AfD + Die Linke	407
e.	CDU/CSU + AfD + FDP	418
f.	CDU/CSU + FDP + Die Linke	422
g.	CDU/CSU + SPD	399

Tabelle 2: *minimal winning coalitions* im 19. Deutschen Bundestag
(eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von Bundestag 2017 a).

Sowohl eine Koalition aus Union, der Grünen und der Linken; aus Union, der Grünen und der FDP; aus Union, der Grünen und der AfD; aus Union, der AfD und der Linken; aus Union, der AfD und der FDP; aus Union, der FDP und der Linken und aus Union und SPD stellen *minimal winning* Koalitionsoptionen dar. Alle diese Koalitionsoptionen

verfügen über die für die Mehrheit notwendigen 355 Sitze. Sie sind insofern *minimal winning*, als dass sie bei Austritt einer Fraktion, nicht mehr die Mehrheit der 709 Sitze im Bundestag hätten.

In den durch das *minimal winning*-Kriterium prognostizierten Koalitionsmöglichkeiten sind mit Option b aus Union, Grünen und FDP, die Jamaika-Koalition und mit Option g aus Union und SPD die GroKo vertreten.

Damit kann das *minimal winning*-Modell beide im Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 vertretenen Koalitionsoptionen bestimmen. Die Annahme, dass eine Koalition keine zum Gewinnen nicht absolut notwendige Partei beinhaltet (von Neumann/Morgenstern 1947: 420), trifft sowohl auf die Jamaika-Koalition, als auch auf die GroKo, zu.

Allerdings erlaubt das *minimal winning*-Kriterium keine Schlüsse darauf, welche der sieben Koalitionsvarianten wahrscheinlicher ist. Dem Ergebnis, also der GroKo, räumt dieses Modell eine 14,3-prozentige Wahrscheinlichkeit ein in der nächsten Legislatur zu regieren. Vernachlässigt man die Tatsache, dass die CDU/CSU Teil der Koalitionen werden würde, ist die Vorhersage noch unpräziser, da die Anzahl prognostizierter Koalitionen steigen würde. Auf die Frage ob die Bildung von Jamaika oder der GroKo wahrscheinlicher ist, lässt sich aus dem *minimal winning*-Ansatz daher keine Antwort entnehmen.

Die Vorhersage berücksichtigt ferner mögliche Vorwahlallianzen und Präferenzen der Parteien nicht. Da beispielsweise alle Parteien eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen haben (FAZ 25.09.2017: 1) wären Optionen c, d und e in der Realität sehr unwahrscheinlich.

4.2. Das *size principle* im 19. deutschen Bundestag

Die Einführung des *size principles* dient der Einschränkung der *minimal winning*-Optionen. Parteien bilden demnach nur Koalitionen, welche nur so wenige Parlamentssitze über der Mehrheit innehaben wie nötig (Riker 1962: 47).

Am wahrscheinlichsten ist das Zustandekommen einer minimalen Gewinnkoalition mit der geringsten Anzahl an Sitzen (H2).

Von den 709 Sitzen im 19. Deutschen Bundestag sind 355 notwendig, um über eine parlamentarische Mehrheit zu verfügen. Damit wird nach dem *size principle* eine Koalition prognostiziert, deren Sitzanzahl die 355 nur knapp überschreitet.

Die Koalitionsoption a aus CDU/CSU, Grünen und der Linken mit 382 Sitzen stellt die sogenannte *minimum size*-Koalitionsvariante dar. Sie liegt 27 Sitze über den erforderlichen 355 Sitzen und ist somit die kleinstmögliche Koalitionsoption im 19. Deutschen Bundestag. Dass diese Koalition von den eingeschlossenen Parteien nicht intendiert wird (FAZ 25.09.2017:) berücksichtigt diese Vorhersage nicht.

Option	Koalition aus	Sitze
a.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + Die Linke	382
b.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + FDP	393
g.	CDU/CSU + SPD	399
c.	CDU/CSU + Bündnis 90/Die Grünen + AfD	405
d.	CDU/CSU + AfD + Die Linke	407
e.	CDU/CSU + AfD + FDP	418
f.	CDU/CSU + FDP + Die Linke	422

Tabelle 3: *minimal winning coalitions* nach Anzahl von Sitzen sortiert
(eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von Bundestag 2017 a)

Es fällt auf, dass Koalitionsoption a numerisch nicht bedeutend von den beiden Optionen, über die im deutschen Regierungsbildungsprozess verhandelt wurde, abweicht. Die Jamaika-Koalition verfügt über 393 Sitze, die GroKo hat mit 399 ebenfalls weniger Sitze als andere *minimal winning*-Optionen. Koalitionsmöglichkeit g aus CDU/CSU, FDP und der Linken hat im Vergleich mit der Jamaika-Koalition 29 Sitze mehr. Damit sind zwar weder die Jamaika-Koalition noch die GroKo die *minimum size*-Koalitionsvarianten im 19. Deutschen Bundestag, sie umfassen allerdings vergleichsweise weniger Mitglieder als andere Koalitionsoptionen.

Auf Grundlage des *size principles* lassen sich nur begrenzt Aussagen darüber treffen, ob die Bildung einer Jamaika-Koalition oder die einer GroKo wahrscheinlicher ist. Wenn man die Prognose der Koalition rein auf die Größe ebendieser beschränkt, ist die Bildung der Jamaika-Koalition wahrscheinlicher als die der GroKo, da die letztere über sechs Plätze mehr im Bundestag verfügt. Riker argumentiert, dass Akteure nur Koalitionen eingehen, welche sicherstellen dass sie gewinnen um ihre Gewinne zu maximieren (Riker 1962: 33). Auf den deutschen Kontext angewandt ist allerdings unklar welche Gewinne damit spezifisch gemeint sind.

Die Anwendung der Annahmen Rikers erlaubt keine Schlüsse darauf, welche Vorteile eine Koalition aus Union, Grünen und der Linken gegenüber anderen *minimal winning*-Koalitionsoptionen hat.

4.3. Die Anzahl der Parteien in einer Koalition

Leiserson argumentiert, dass sämtliche politische Verhandlungen mit zunehmender Anzahl an Akteuren erschwert werden. Parteien bevorzugen demnach *minimal winning* Koalitionen mit der geringsten Anzahl an Partnern (H3) (Leiserson 1968: 775).

Auf diese Weise können von den einzelnen Parteien auch die meisten Ämter besetzt werden, da Kabinettsposten in der Regel zwischen den Koalitionspartnern aufgeteilt werden (Leiserson 1968: 773).

Auf den deutschen Regierungsbildungsprozess angewandt wäre nach dieser Theorie abzuleiten, dass die Fraktionen Koalitionen präferieren, welche nur so wenige Parteien wie nötig einschließen, um eine parlamentarische Mehrheit zu sichern .

Zu erwarten wäre demnach die Bildung einer Koalition, welche neben der Union nur so wenige der fünf weiteren Parteien im 19. Deutschen Bundestag vereint, wie nötig sind, um eine Mehrheit von mindestens 355 Sitzen zu garantieren.

Unter Anwendung des *minimal winning*-Kriteriums konnten bereits die sieben *minimal winning*-Optionen im 19. Deutschen Bundestag ermittelt werden (siehe dazu Kapitel 4.1.).

Die GroKo integriert als einzige der *minimal winning coalition* nur zwei Fraktionen, um die Mehrheit der Stimmen im Bundestag zu sichern. Alle anderen *minimal winning*-Optionen bestehen aus drei Fraktionen. Vor dem Hintergrund dieser Theorie ist die Bildung der Jamaika-Koalition nicht wahrscheinlicher als die Bildung der fünf anderen *minimal winning coalitions* aus drei Fraktionen. Damit prognostiziert Leisersons Modell die Bildung der GroKo.

In Leisersons Modell stellt die treibende Motivation von Parteien die Besetzung möglichst vieler Ämter dar (Leiserson 1968: 773). Der Grund für die Bildung der GroKo und das Scheitern der Jamaika-Koalition müsste folglich darin liegen, dass die Union in der GroKo mehr Ämter besetzen konnte. Allerdings wären in einer Jamaika-Koalition den Grünen und der FDP jeweils drei Ministerposten zugekommen

(FAZ 03.11.2017: 3). Damit hätte die Union bei dieser Option sechs Ministerien nicht besetzen können. Allerdings kamen der SPD in der GroKo ebenfalls sechs Ministerposten zu (SZ 08.02.2018: 2).

Die Union hätte daher in beiden Fällen gleich viele Ämter besetzen können. Die Besetzung möglichst vieler Ministerien als einziger Grund, um die Bildung der GroKo zu erklären ist somit unzureichend.

Zusätzlich könnte man die *bargaining proposition* Leisersons berücksichtigen. Diese sagt aus, dass ein Bündnis aus mehreren Parteien Einigungen erschwert (Leiserson 1968). Diese Annahme könnte auf den behandelten deutschen Kontext angewandt werden. Nach der Bildung einer Koalition werden die Ministerposten zwischen den Koalitionspartnern abwechselnd aufgeteilt. In Zweierbündnissen konnten daher in der Vergangenheit wechselweise Ämter gewählt werden. In einem Jamaika-Bündnis aus vier Parteien wird dieses Zugriffsverfahren umso schwieriger (FAZ 03.11.2017: 3). Hier ließe sich argumentieren, dass die Union die GroKo-Option präferiert, da sie an der Besetzung bestimmter Ämter interessiert ist. Allerdings finden sich in Leisersons Modell keine konkreten Ansätze für eine solche Interpretation.

Der *bargaining*-Ansatz kann somit im Unterschied zum *minimal winning*-Kriterium und der *minimum size*-Annahme die Bildung der GroKo prognostizieren. In diesem Modell ist die GroKo die einzig logische Koalitionsoption.

Allerdings erscheint die Annahme, die dieser Schlussfolgerung zugrunde liegt, im hier untersuchten Kontext nicht einleuchtend. Das *minimum size*-Kriterium als Erklärung für das Scheitern der Jamaika-Koalition heranzuziehen erscheint ferner zu stark vereinfacht.

So kann beispielsweise nicht erklärt werden, weshalb die Union überhaupt Sondierungsgespräche mit FDP und Grüne begann, wenn es nicht im Interesse der Partei war. Dass die SPD in die Opposition gehen wollte (SZ 25.09.2017: 1) wird in diesem Ansatz nicht berücksichtigt.

4.4. Die Bedeutung von Ämtern

Die *office*-zentrierten Ansätze geben nur wenige Anhaltspunkte für eine vergleichende Analyse der beiden Optionen Jamaika-Koalition und GroKo. Keiner der Ansätze kann ferner erklären, weshalb die Jamaika-Verhandlungen abgebrochen und die Verhandlungen in Richtung einer GroKo aufgenommen wurden. In beiden Koalitionsoptionen wären der Union sechs Ämter nicht zugekommen. Die Gewinne waren aus *office*-zentrierter Perspektive somit in beiden Optionen gleich. Ferner war es die FDP, welche die Gespräche abbrach. Die treibende Motivation der FDP kann somit nicht in der Besetzung von Ministerposten gelegen haben, da die Partei diese mit dem Abbruch der Sondierungsgespräche aufgab.

Gewürdigt werden kann in diesem Kontext allerdings die Grundannahme, welche den Theorien zugrunde liegt. Parteien sind in den ämterorientierten Modellen daran interessiert minimale Koalitionen zu bilden, da für sie die Besetzung von Ämtern der höchste Gewinn im Regierungsbildungsprozess ist (von Neumann/Morgenstern 1944: 229).

Während die Anzahl der Ämter im untersuchten Kontext nicht der ausschlaggebende Faktor ist, ist die Rolle der Verteilung von Ministerposten im deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018, nicht zu vernachlässigen.

Obwohl die involvierten Politiker wiederholt betonten, dass die Besetzung von Ämtern für die Verhandlungsgespräche nicht relevant sei (FAZ 03.11.2017: 3) zeichnet sich ab, dass dieser Faktor sehr wohl von Bedeutung ist.

In einer Jamaika-Koalition hätten die FDP und die Grünen jeweils drei Minister stellen können. Während der Verhandlungen drückten die Parteien ihre Präferenzen bei der Besetzung der Ministerien wiederholt aus. So zeigte die Union beispielsweise Interesse an der Besetzung des Arbeitsministeriums und die Grünen am Auswärtigen Amt (FAZ 03.11.2017:3). Darüber hinaus war nach dem Rücktritt Wolfgang Schäubles das Bundesfinanzministerium neu zu vergeben, an welchem vor allem der FDP-Vorsitzende

Christian Lindner großes Interesse bekundete. Das Amt gilt nach dem Kanzleramt als das zweitmächtigste in der Bundesrepublik (SZ 29.09.2017: 17). Linder erwähnte mehrmals, dass er unterbinden wolle, dass die Union dieses Amt einnehme (SZ 23.10.2017: 18).

Nachdem die CSU zwölf Jahre in Folge das Amt des Agrarministers besetzt hat, versprochen sich die Grünen nun Chancen auf die Besetzung des Amtes in einer Jamaika-Koalition (SZ 05.10.2017: 19). Auch das Amt des Verkehrsministers stieß bei beiden Parteien auf großes Interesse (SZ 28.10.2017: 21).

Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen sprach sich Angela Merkel ferner gegen eine Minderheitsregierung aus. Eine solche würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu Neuwahlen führen (FAZ 12.12.2017: 2) und damit das Ende ihrer Karriere als Bundeskanzlerin bedeuten (SZ 10.12.2017: 4).

Diese Einstellung der CDU-Vorsitzenden kann als *office*-orientiert gewertet werden, da sie am Erhalt ihres Postens interessiert war.

Auch in den Verhandlungen zur Großen Koalition stellte die Besetzung der Ämter ein zentrales Thema dar. In die GroKo-Sondierungsgespräche mischten sich verstärkt Personalfragen ein (SZ 07.02.2018: 2). So wurde beispielsweise darüber spekuliert, ob die CDU-Politikerin Annegret Kramp-Karrenbauer in das neue Bundeskabinett als Arbeits- und Sozialministerin eintreten würde und wer aus den Reihen der SPD das Amt des Finanzministers übernehmen könnte. Der CSU-Vorsitzender Horst Seehofer drückte sein Interesse an einem Ministeramt sogar öffentlich aus (FAZ 06.01.2018 b: 20).

Die bisher untersuchten theoretischen Annahmen berücksichtigen mögliche Vorwahlallianzen nicht und prognostizieren daher teilweise unrealistische Koalitionsoptionen. In der Untersuchung des deutschen Regierungsbildungsprozesses 2017 und 2018 wird daher die bedeutende Rolle von Vorwahlallianzen deutlich (Müller u. Strøm 1999).

Die *office*-orientierten Hypothesen vernachlässigen darüber hinaus den inhaltlichen Aspekt von Koalitionsprozessen. Keine der getesteten Hypothesen würdigt Uneinigkeiten in Bezug auf *policy*-Positionen der der für eine Koalition infrage kommenden Parteien im Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018. Ferner wird auch nicht berücksichtigt, dass die Ideologie der Parteien einen Einfluss auf die Koalitionsbildung hat.

So waren die Grünen beispielsweise an der Besetzung des Agrarministeriums unter anderem deshalb interessiert, da in ihrem Wahlprogramm Landwirtschaft und Ernährung eine weitaus bedeutendere Rolle als in Wahlprogrammen anderer Parteien einnehmen (SZ 05.10.2017: 19).

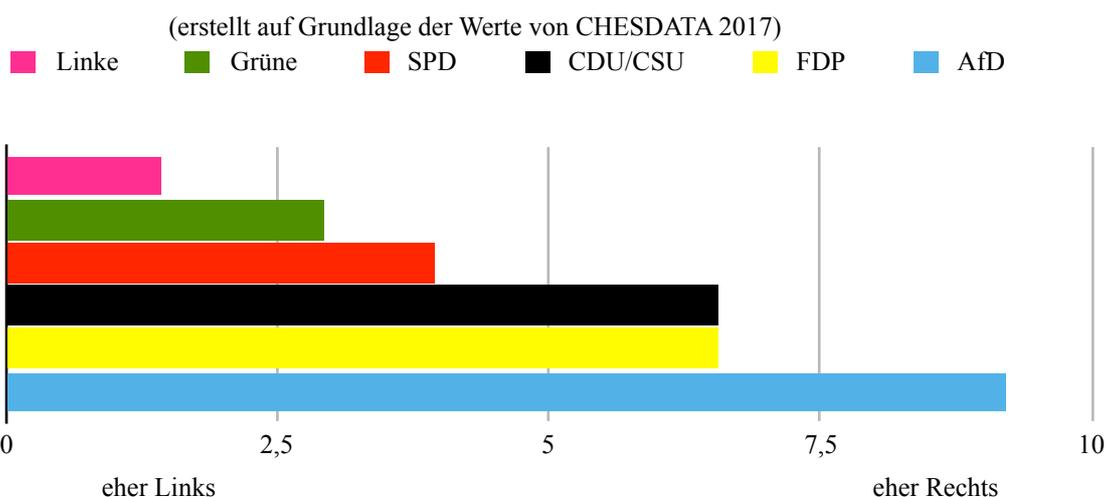
4.5. Die Rolle des *median legislator*

Policy-zentrierte Ansätze heben die Bedeutung inhaltlicher Ziele und programmatisch-ideologischer Vorstellungen hervor, um die Bildung von Koalitionen zu prognostizieren. Sie bauen dabei stets auf dem *minimal winning*-Kriterium auf, um die Prognosekraft der Modelle zu erhöhen (Axelrod 1970: 170).

Laver und Schofield (1998) gehen davon aus, dass die Partei, die den *median legislator* kontrolliert, in der Lage sein wird, einen bedeutenden Einfluss auf die Regierungsbildung zu nehmen (H4). Für die Regierungsbildung in Deutschland, welche auf die Wahl im Jahr 2017 folgte, wäre demnach zu erwarten, dass die Partei, in deren Reihen sich der *median legislator* befindet, maßgeblich an der Koalitionsbildung beteiligt ist.

Der Union kommt als Regierungsbildner bereits eine entscheidende Rolle zu. Darüber hinaus könnte das *median legislator*-Modell eine weitere Fraktion bestimmen, welche ebenfalls einen bedeutenden Einfluss auf den deutschen Regierungsbildungsprozess hat.

Abbildung 2: allgemeine Links-Rechts-Dimension der Parteien im 19. Deutschen Bundestag



Der *median legislator* vereint zu seiner Linken und zu seiner Rechten die gleiche Anzahl an Sitzen. Im 19. Deutschen Bundestag mit 709 Sitzen müsste besagter *median legislator* zu beiden Seiten jeweils 354 Abgeordnete haben.

Schließt man die beiden fraktionslosen Abgeordneten Mario Mieruch und Frauke Petry aus² müssten mindestens 352 Abgeordnete jeweils rechts und links vom *median legislator* sitzen. Der *median legislator* lässt sich mittels der ideologisch-programmatischen Einschätzung der CHESDATA aus dem Jahr 2017 und der Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag ermitteln. Die Chapel-Hill-Expertenumfrage ordnet Parteien Werte von 0 bis 10 zu. Dabei steht der Wert 0 für eine extrem linke Einstellung und der Wert 10 für eine extrem rechte Ausrichtung einer Partei (CHES-Codebook 2017: 19).

Die ideologische Einordnung der sechs Fraktionen erlaubt es, sie auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala ideologisch zu sortieren. Von links nach rechts finden sich die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/CSU³, FDP und AfD.

Fraktion	Linke	Grüne	SPD	CDU/CSU	FDP	AfD
CHES-Wert	1,43	2,92	3,92	6,57	6,57	9,21
Sitze	69	67	153	246	80	92

Tabelle 4: Parteien nach Links-Rechts-Einordnung sortiert sowie Anzahl der Sitze im 19. Deutschen Bundestag (erstellt auf Grundlage der Daten von Bundestag 2017 a und CHESDATA 2017)

Die Linke hat rechts 638 Abgeordnete im Bundestag sitzen. Bei den Grünen sind es 571 Sitze rechts und 69 links. Es handelt sich daher ebenfalls nicht um die Partei, die ein Stimmgleichgewicht um sich vereinen kann.

Dasselbe gilt für die FDP mit 535 Abgeordneten links und die AfD mit 615 Abgeordneten zur Linken.

Die beiden stärksten Fraktionen SPD und CDU/CSU sind ideologisch zentrierter als die bisher erwähnten Parteien. Die SPD hat zu Ihrer Linken 136 Stimmen und zu ihrer rechten 418. Dies bedeutet, dass der *median legislator* nicht in den Reihe der SPD zu finden ist, da sich rechts der Partei eine parlamentarische Mehrheit bilden kann.

² Da die beiden fraktionslosen Abgeordneten numerisch keinen Einfluss auf die Berechnung des *median legislator* haben und die Datengrundlage CHESDATA 2017 sie nicht als einzelne Fraktion erfasste, werden sie im folgenden Teil nicht berücksichtigt. Dies soll zur Klarheit und Präzision der Analyse beitragen.

³ Hier wurde der Mittelwert der CHES-Werte für die CDU und die CSU berechnet.

Die Rolle des *median legislator* kommt der Fraktion CDU/CSU zu. Sie hat zu ihrer Rechten FDP und AfD mit zusammengerechnet 172 Plätzen und zu ihrer Linken SPD, Grüne und Linke mit insgesamt 289 Sitzen.

Als *median legislator* blockiert sie somit die ideologische Achse (Laver/Schofield 1998) auf der sich parlamentarische Mehrheiten bilden könnten. Es ist zutreffend, dass sowohl die Parteien zu ihrer Linken als auch zu ihrer Rechten nicht genügend Stimmen vereinen, um eine Koalition zu bilden, welche ohne die Unionsparteien regieren könnte. In der Vergangenheit gab es bereits Koalitionen, die ohne die CDU/CSU koalitierten, obwohl diese die meisten Stimmen erhalten hatte (Lees/Taylor 2005: 158). Dies wäre bei der gegebenen ideologischen Distanz der Parteien im 19. Deutschen Bundestag allerdings schwer vorstellbar. Ein Bündnis der Parteien SPD, Grüne und Linke wäre aus ideologischer Sicht eine denkbare Option, doch vereinen die Parteien nur 289 Sitze im Bundestag und bilden damit keine Mehrheit. Auch zur Rechten der Union könnten die FDP und die AfD mit zusammengerechnet 172 Sitzen keine parlamentarische Mehrheit bilden. Den Unionsparteien kommt folglich eine entscheidende Rolle im Regierungsbildungsprozess nach den Wahlen im September 2017 zu.

Ferner ist die Fraktion CDU/CSU in allen vorstellbaren *minimal winning* Optionen diejenige Fraktion, welche den *median legislator* der jeweiligen Koalition kontrolliert.

Die Identifikation des *median legislators* leistet allerdings keinen Beitrag bei der Beantwortung der Frage, ob die Bildung der Jamaika-Koalition oder der GroKo wahrscheinlicher ist. In beiden Koalitionsvarianten ist die Union als *median legislator* integriert, insofern kommt ihr in jedem Fall eine entscheidende Rolle zu. Selbst wenn sie nicht als Regierungsbildner agiert hätte, würde sie sich im Prozess einer Regierungsbildung Vorteile verschaffen, da die Parteien links und rechts von ihr keine parlamentarische Mehrheit bilden könnte. Würde einer dieser Parteien die Rolle des Regierungsbildners zukommen ist es wahrscheinlich, dass die CDU/CSU zum Erreichen der Mehrheit in einer Koalition involviert gewesen wäre.

Die volle Bedeutung und Vorhersagekraft der vierten Hypothese kann allerdings nicht ermittelt werden, da die Union als Regierungsbildner eine ohnehin zentrale Rolle einnimmt. Die Analyse wäre aufschlussreicher, wenn der *median legislator* einer anderen der in Jamaika-Koalition oder der GroKo vertretenen Parteien angehört hätte.

4.6. Ideologien und *policy*-Ziele

Policy-zentrierte Theorien heben neben der Bedeutung ähnlicher Ideologien auch die Rolle ähnlicher *policy*-Ziele hervor. Interparteiliche Interessenkonflikte werden verringert, wenn Parteien ähnliche *policy*-Ziele verfolgen (Axelrod 1970: 5). Es wird demnach angenommen, dass *minimal winning coalitions* aus ideologisch nahestehenden Parteien mit ähnlichen *policy*-Zielen gebildet werden (H5).

Im der vorliegenden Untersuchung wäre diese Annahme bestätigt, wenn die gebildete *minimal winning coalition* Parteien mit ähnlicher ideologisch-programmatischer Ausrichtung umfasst.

Die erörterte allgemeine Links-Rechts-Position konnte Aufschlüsse über die ideologische Positionierung der Parteien geben. Um konkrete *policy*-Vorstellungen von Parteien zu analysieren, sollen in diesem Kapitel ergänzend die inhaltlichen Ziele der im Regierungsbildungsprozess involvierten Parteien erarbeitet werden.

Es gilt zu untersuchen, wie ähnlich die Ideologien und *policy*-Ziele der in der Jamaika-Koalition beziehungsweise der GroKo vertretenen Parteien waren.

Die ideologische Ausrichtung der Parteien im 19. Deutschen Bundestag (CHESDATA 2017) gibt Aufschlüsse über die *policy*-Distanz (de Swaan 1973: 111) der Parteien. Auf diese Weise können die in Kapitel 4.1. erarbeiteten *minimal winning*-Optionen reduziert werden. Die *policy*-Distanz ergibt sich aus den Differenzen der CHES-Werte der auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala am weitesten entfernten Parteien.

Der CHES-Wert der Union liegt mit 6,57 rechts der Mitte, der Wert der SPD mit 3,92 links davon. Die Differenz der Werte und damit die *policy*-Distanz von Union und SPD beträgt 2,65.

Die größte ideologische Distanz besteht mit einer Differenz von 7,78 zwischen der AfD und der Linken, weshalb Koalitionsoption d aus der Union, der AfD und der Linken im Modell von Axelrod (1970) nicht prognostiziert wird. Ähnliches gilt für die Koalitionsvariante c aus der Union, der Grünen und der AfD. Die ideologische Distanz zwischen der AfD und den Grünen liegt mit 6,29 verhältnismäßig hoch. Die *policy*-Distanz zwischen der Union sowie der FDP und der Linken in der Koalitionsvariante f beträgt 5,14 und kann demnach nicht als gering bezeichnet werden.

In der Koalitionsoption a aus der Union, der Grünen und der Linken beträgt die *policy*-Distanz zwischen der Union und der Linken gleichermaßen 5,14. Daher kann auch Option a nicht als ideologisch nahestehend bezeichnet werden.

In der Jamaikakoalition beträgt der Unterschied zwischen den CHES-Werten der Union und der FDP und dem Wert der Grünen 3,65. Die geringste ideologische Distanz weisen die Fraktion aus CDU/CSU, sowie FDP und die AfD der Koalitionsoption e mit einer Differenz von 2,64 auf.

Tabelle 5: *minimal winning coalitions* nach ideologischer Distanz sortiert (erstellt auf Grundlage der Werte von CHESDATA 2017)

An dieser Stelle macht es Sinn, die Vorwahlallianzen der Union zu berücksichtigen. Müller und Strøm (1999: 300) argumentieren, dass diese in jeder Analyse von Koalitionsprozessen berücksichtigt werden sollten. Die Union schloss vor den Wahlen aus, m

Option	Koalition aus	Differenz
e	CDU/CSU + AfD + FDP	2,64
g	CDU/CSU + SPD	2,65
b.	CDU/ CSU + Bündnis 90/Die Grünen + FDP	3,65
f.	CDU/CSU + FDP + Die Linke	5,14
a.	CDU/ CSU + Bündnis 90/Die Grünen + Die Linke	5,14
c.	CDU/ CSU + Bündnis 90/Die Grünen+ AfD	6,29
d.	CDU/ CSU + AfD + Die Linke	7,78

it der AfD zu koalieren (SZ 25.09.2017: 1), weshalb die Option e zwar ideologisch nahe Parteien integriert, in der Realität aber nicht wahrscheinlich ist. Damit sind

sowohl eine Jamaika-Koalition als auch eine GroKo *minimal winning*-Optionen, die ideologisch vergleichsweise „näher“ liegen als andere Varianten. Die Einordnung auf der Links-Rechts-Skala gibt Aufschlüsse darüber, weshalb die Einigung zwischen Union und SPD schnell erfolgte (SZ 08.02.2018: 6). Sie erklärt allerdings nicht, weshalb die FDP die Sondierungsgespräche einseitig beendete (SZ 22.11.2017: 5). Ergänzend zu den Werten der Chapel-Hill-Expertenumfrage soll daher in einer Medienanalyse ein Vergleich zwischen den beiden Koalitionsvarianten ausgearbeitet werden.

4. 6. 1. Jamaika-Koalition

Die Verhandelnden bei den Jamaika-Sondierungen waren sich in vielen Punkten uneinig. Vor allem in Bezug auf den Umgang mit Flüchtlingen herrschte Dissens. Während die Unionsparteien eine Obergrenze für Flüchtlinge durchsetzen wollten, lehnten sowohl Grüne als auch FDP dieses Vorhaben ab (SZ 27.10.2017: 6). Auch im Umgang mit Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz konnte kein Konsens gefunden werden (SZ 11.10.2017: 7). Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz sind Migranten, welche nicht individuell verfolgt werden, aber etwa vor einem Bürgerkrieg fliehen (FAZ 30.01.2018: 2). Die Grünen waren an der Durchsetzung der Familienzusammenführung für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz interessiert, während sowohl Union als auch FDP den Familiennachzug für diese Migranten weiter ausgesetzt lassen wollten. Auch die von der Union geplanten „Entscheidungs- und Rückführungszentren“, in welchen Flüchtlinge bis zu einer Entscheidung über ihren Asylantrag verweilen sollen, wurden von den Grünen abgelehnt (SZ 11.10.2017: 7).

Die Grünen strebten verstärkt umweltpolitische Ziele an und legten in den Verhandlungen besonderen Wert auf die Abschaltung der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke bis 2020 (SZ 29.09.2017: 29). Darüber hinaus forderten sie, dass Bauern zu Umwelt- und Tierschutz verpflichtet werden sollten, während die liberale FDP dies strikt ablehnte und vielmehr für eine am Markt orientierte Agrarpolitik einstand (SZ 05.10.2017: 19). Mit ihrer Forderung, einen Baustopp für Verbrennungsmotoren bis 2030 zu erlassen, stießen die Grünen vor allem bei der Union auf Widerstand. Das von den Grünen geforderte Verbot des Pflanzengifts Glyphosat lehnten sowohl die Union als auch die FDP ab (FAZ 29.09.2017: 3). Die Parteien verlangten von den Grünen, einige

ihrer umweltpolitischen Forderungen im Rahmen eines Kompromisses aufzugeben (SZ 05.10.2017: 19).

Ferner bestanden die Grünen während der Jamaika-Sondierungen auf die Abschaffung der sogenannten „Zwei-Klassen-Medizin“, also der Trennung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Die Partei plädierte auf die Einrichtung einer Krankenkasse, welche alle Bürger versichert. Die FDP wertete dieses Vorhaben als „Zwangskasse“ ab und verfolgte vielmehr die Stärkung der Privatversicherungen (SZ 29.09.2017: 29).

Im Bereich der Finanzpolitik konnten zwar im Verlauf der Sondierungen Einigungen erzielt werden (SZ 22.11.2017 a: 3), dennoch wichen die *policy*-Ziele der Fraktionen voneinander ab. Während die Grünen den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer anheben wollten, schlossen Union und FDP solche Steuererhöhungen aus (SZ 29.09.2017: 29).

Auch in vielen weiteren Punkten widersprachen sich die Ziele der Parteien. Dissens herrschte beispielsweise bezüglich des Eintritts der Türkei in die Europäische Union und in anderen Themenbereichen in Bezug auf die Zukunft der EU (SZ 27.10.2017: 6).

Die unterschiedliche ideologisch-programmatische Ausrichtung der Grünen und der FDP wurde während der Verhandlungen wiederholt in den Vordergrund gestellt. Beispielsweise warf der ehemalige Vorsitzende der Grünen Cem Özdemir, der FDP eine rechte Orientierung vor, als er ausdrückte, er „habe das Gefühl, dass die FDP ein bisschen zu viel nach Österreich schaut in letzter Zeit“ (SZ 21.11.2017 b: 6).

Trotz dieser Unterschiede gelangen den Parteien in vielen Punkten Einigungen, und im November 2017 zeichnete sich bereits ein Arbeitsprogramm der Jamaika-Koalition ab (SZ 22.11.2017 a: 2). Doch dann verkündete der FDP-Vorsitzende Christian Lindner trotz dieser Annäherungen das Ende der Sondierungsgespräche (SZ 22.11.2017 b: 5).

4.6.2. GroKo

Uneinigkeiten lassen sich auch in den Verhandlungen zwischen SPD und Union über die Bildung einer großen Koalition herausarbeiten.

Besonders bezüglich des Familiennachzugs von Flüchtlingen, der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und der Abschaffung der „Zwei-Klassen-Medizin“ wichen die *policy*-Ziele von Union und SPD voneinander ab.

Die Union lehnte, wie auch in den Jamaika-Verhandlungen, den Familiennachzug von Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz ab. Die SPD wünschte sich diesbezüglich eine Lockerung (FAZ 30.01.2018: 2).

Überdies forderte die SPD eine Besserstellung der Kassenpatienten beim Arzt, um der „Zwei-Klassen-Medizin“ entgegenzuwirken. Die Union wies dies mit der Begründung zurück, solche Vorhaben entsprächen im Wesentlichen der „Bürgerversicherung“, gegen welche sich die Fraktion bereits in den Jamaika-Verhandlungen ausgesprochen hatte (SZ 20.01.2018: 19).

Im Hinblick auf Steuern und Finanzen waren die *policy*-Ziele zwar weniger kontrovers als bei den Jamaika-Verhandlungen (SZ 29.11.2017: 11), aber dennoch nicht deckungsgleich. Die Union verfolgte in den Verhandlungen ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und Steuerentlastungen für Unternehmen. Diese befand die Fraktion deshalb als essenziell, da Amerika kürzlich Belastungen für Unternehmen gesenkt hatte. Die SPD wollte dahingegen mehr Geld für Renten bereitstellen und höhere Steuern für Spitzenverdiener durchsetzen (FAZ 06.01.2018 a: 19). Trotz der unterschiedlichen *policy*-Ziele konnten sich die Parteien auf eine gemeinsame Steuerpolitik einigen (FAZ 23.01.2018: 19). Überdies waren sich die Parteien auch darüber einig, dass Investitionen für den Wohnungsbau notwendig seien (SZ 05.02.2018: 2).

Die SPD war ferner in den Koalitionsgesprächen an der Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern interessiert. Dieses Ziel lehnte vor allem die CSU ab (SZ 29.11.2017: 11). Nichtsdestotrotz einigten sich die Parteien auf gemeinsame bildungspolitische Ziele (SZ 05.02.2018: 2) und konnten somit einen Kompromiss finden.

Viele der *policy*-Vorstellungen der Parteien wichen nicht bedeutend voneinander ab. In Bezug auf die Digitalisierung und die Klima- und Energiepolitik konnten im Rahmen der Koalitionsgespräche gemeinsame Ziele vereinbart werden. Konkret wurde beispielsweise der Ausbau des Glasfasernetzes festgelegt (SZ 05.02.2018: 2).

Ein bedeutender Unterschied zu den Jamaika-Verhandlungen war auch die schnelle Einigung bezüglich der Umweltziele, die eine große Koalition verfolgen würde (SZ 10.01.2018: 17).

Die Tatsache, dass der CSU-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt kurz vor den Verhandlungen in Brüssel dem Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat zugestimmt hatte, ohne die SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks darüber in Kenntnis zu setzen, spielte in den Sondierungen überraschenderweise keine bedeutende Rolle. Wieder Erwarten erschwerte dieser Dissens eine Einigung auf diesem Politikfeld in den Koalitionsgesprächen zwischen Union und SPD nicht (FAZ 06.01.2018 a: 19). Die Fraktionen konnten sich darauf einigen, dass die Klimaziele für 2020 nicht mehr erreichbar seien (FAZ 23.01.2018: 19).

Ein *policy*-Aspekt, den die SPD als besonders wichtig empfand war die Entwicklung der Europapolitik. Da die Union den Vorhaben der SPD im Hinblick auf Europa keinen Widerspruch entgegengesetzte, erfolgte die Einigung in den entsprechenden Punkten schnell (SZ 29.11.2017: 11).

4.6.3. Die Relevanz von *policy*-Zielen

Die *policy*-Distanz (de Swaan 1973) zwischen den in einer Jamaika-Koalition beziehungsweise in der GroKo vertretenen Parteien unterscheidet sich nicht erheblich. Allein auf Grundlage der Positionierung auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala lässt sich das Scheitern der Jamaika-Koalition nicht erklären.

Eine Untersuchung der *policy*-Ziele während der Verhandlungen erlaubt eine Annäherungen an die leitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit. Die Jamaika- und die GroKo-Verhandlungen sind unter anderem durch ihre unterschiedliche Auffassung von Prioritäten voneinander abzusetzen. Für die SPD war die Europapolitik ein zentrales *policy*-Interesse, welches die Unionsparteien unterstützen. Folglich war es in

den Gesprächen zwischen Union und SPD eines der zentralen Themen. Dahingegen war Europa in den Verhandlungen zur Jamaika-Koalition deutlich unbedeutender und Themen wie beispielsweise die Umweltpolitik wurden in den Vordergrund gestellt (FAZ 18.01.2018: 8).

Als Folge geriet in den Jamaika-Verhandlungen ein kontroverses *policy*-Ziel in den Fokus und eine Kompromissfindung in weniger konträren Punkten wurde verzögert (SZ 05.10.2017: 19).

Allerdings kann auch die Untersuchung der *policy*-Ziele der Parteien isoliert betrachtet das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen nicht erklären.

In den Jamaika-Sondierungen wurden gegen Ende der Verhandlungen Einigungen in vielen Punkten erzielt (SZ 22.11.2017 a: 2). Demzufolge muss es neben den ideologisch-programmatischen Vorstellungen der FDP noch weitere Faktoren gegeben haben die den Ausstieg aus den Gesprächen (SZ 22.11.2017 b: 5) begründen.

Ein weiterer Aspekt, den eine rein *policy*-orientierte Analyse nicht erklären kann, ist die Einigung der SPD und der Union in Bezug auf die Klimapolitik. Bei den Jamaika-Sondierungen hielt die CDU/CSU an den ursprünglichen Klimazielen fest, und Angela Merkel brachte in den Verhandlungen zum Ausdruck sie seien erreichbar. Sechs Wochen später wurden ebendiese Ziele in den Gesprächen mit der SPD als unerreichbar deklariert. Die FDP kritisierte das schnelle Einlenken der Union und gab zu erkennen, dass sie sich einen ähnlichen Kompromiss in den Jamaika-Sondierungen gewünscht hätte (FAZ 10.01.2018: 1). Die *policy*-Orientierung kann isoliert betrachtet nicht erklären, weshalb die Union bei den GroKo Verhandlungen ihre Vorstellungen in Bezug zur Klimapolitik anpasste.

Ergänzend können hier theoretische Annahmen aus Barons und Diermeiers (2001) Beitrag zur Koalitionsforschung herangezogen werden. Die Forscher räumen ein, dass bei Regierungsbildungsprozessen mit zunehmender Anzahl an Verhandlungsrunden eventuell Zugeständnisse an andere Parteien gemacht werden müssen (Baron/Diermeier 2001: 951). So kann das Einlenken der Union bezüglich der Klimapolitik durchaus als Zugeständnis mit dem Ziel, weitere Verhandlungsrunden zu vermeiden, gewertet werden.

4.7. „Vertrautheit“ zwischen koalierenden Parteien

Dass neben der *office*- und *policy*-Orientierung von Parteien auch andere Faktoren von Bedeutung sein können betonen Franklin und Mackie (1983) in ihrem Beitrag. In ihrem Modell ist die Bildung von minimalen Koalitionen, die Parteien integrieren, die ideologisch verwandt und zudem bereits gemeinsam regiert haben, zu erwarten (H6). Überdies steigt die Wahrscheinlichkeit einer Koalitionsbildung, wenn die Koalition dem letzten amtierenden Regierungsbündnis entspricht (Franklin/Mackie 1983: 277).

Auf den deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 angewandt bedeutet dies, dass die CDU/CSU mit großer Wahrscheinlichkeit ein Regierungsbündnis mit einem ihr vertrauten Koalitionspartner eingeht. Würdigt man auch den Aspekt der „Trägheit“ (Franklin/Mackie 1983: 277) von Parteien, ließe sich ferner annehmen, dass die CDU/CSU mit dem letzten Regierungspartner koalieren wird.

Das *minimal winning*-Kriterium (siehe dazu Kapitel 4.1.) schloss keine Partei als Koalitionspartner aus. Die Annahme der „Vertrautheit“ als Voraussetzung schränkt nun die Koalitionsoptionen der Union ein.

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 hat die Fraktion aus CDU/CSU auf Bundesebene noch nie mit der Linken, den Grünen oder der AfD regiert. Dahingegen stellen sowohl SPD als auch FDP Parteien dar, mit denen die Union in der Vergangenheit Koalitionen eingegangen ist (Decker 2011: 61). Es lässt sich argumentieren, dass die FDP aus historischer Sicht ein sehr „vertrauter“ Koalitionspartner ist. Vierzehnmal sind aus Koalitionsverhandlungen im Bund Regierungsbündnisse mit Union und FDP herausgegangen. Koalitionen aus CDU/CSU und SPD kamen zwar seltener vor, sind aber dennoch kein Novum (Decker 2011: 61).

An dieser Stelle ließe sich argumentieren, dass es genügt, wenn die CDU/CSU zumindest mit einer der in der Koalitionsoption vertretenen Parteien regiert hat. Die geteilten Erfahrungen (Franklin/Mackie 1983: 277) wären in einem solchen Falle gegeben. Damit wären auch die Jamaika-Koalition; Option g aus der Union, der FDP und der Linken und Option f aus der Union, der AfD und der FDP vorstellbar. Franklin und Mackie nehmen in ihr Modell auch die ideologische Ausrichtung von Parteien auf. Die Vorhersage ist laut ihren Annahmen nur zuverlässig, wenn neben der „Vertrautheit“ auch die ideologische Nähe berücksichtigt wird (Franklin u. Mackie 1983: 279).

Daher ist Option g aus CDU/CSU, FDP und der Linken auch vor dem Kriterium der Vertrautheit unwahrscheinlich. FDP und Union sind zwar „vertraute“ Koalitionspartner, die ideologische Distanz zur Linken (CHESDATA 2017) macht aber eine Koalitionsbildung unwahrscheinlich.

Berücksichtigt man die Vorwahlallianzen (Strøm u. Müller 1999) der Union und der FDP, ist die Bildung einer Koalition f auch vor dem Hintergrund der „Vertrautheit“ von CDU/CSU und FDP unwahrscheinlich, da beide Fraktionen eine Koalition mit der AfD bereits im Vorfeld ausgeschlossen haben (SZ 25.09.2017: 1).

Die Jamaika-Variante ist ideologisch vergleichsweise näher als Option g und wird, anders als Option f, nicht durch Vorwahlallianzen eingeschränkt. Allerdings kann selbst vor diesem Hintergrund die Jamaikakoalition nicht als „vertraut“ bezeichnet werden. Mit den Grünen ist in dieser Koalitionsoption ein potenzieller Regierungspartner involviert, mit dem zuvor weder die Union noch die FDP auf Bundesebene regiert haben (Decker 2011: 61). Selbst wenn man den Interpretationsspielraum erweitert, lässt sich das Kriterium der „Vertrautheit“ nicht überzeugend auf andere *minimal winning*-Koalitionsoptionen im 19. Deutschen Bundestag anwenden.

Die einzige der sieben minimalen Koalitionsoptionen, die somit vor dem Hintergrund des „Vertrautheits“-Kriteriums und des theoretischen Modells von Franklin und Mackie besteht, ist damit die GroKo. Nur diese *minimal winning*-Koalitionsvariante hat in der Geschichte der Bundesrepublik eine Regierung dargestellt und ist darüber hinaus ideologisch zusammenhängend. Eine Koalition aus CSU/CDU, den Grünen und der FDP hat es auf Bundesebene noch nie gegeben (Decker 2011: 61).

Im Kontext des Regierungsbildungsprozesses 2017 und 2018 kann auch die von Franklin und Mackie angesprochene „Trägheit“ berücksichtigt werden. Obwohl Martin und Stevenson (2010) die „Trägheit“ von Parteien empirisch nicht nachweisen konnten, kann dieser Faktor die Koalitionsvorhersage im hier untersuchten Kontext präzisieren. Zwei der drei Koalitionen aus der Union und der SPD regierten im Kabinett Merckels. Sowohl nach der Wahl im Jahr 2005 als auch nach der letzten Wahl im Jahr 2013 ging aus den Koalitionsverhandlungen eine GroKo als Regierungsbündnis hervor.

In Franklin und Mackies (1983) theoretischem Ansatz ist diese „Trägheit“ besonders dann der Fall, wenn der Regierungsbildende die Möglichkeit hat, die gleiche Koalition wieder zu bilden. Diese Kontinuität könnte für die involvierten Parteien von Vorteil sein, da sie erlaubt nach gewohnten Mustern weiterzuarbeiten (Franklin/Mackie 1983: 277).

In den Verhandlungen zeichnete sich ab, dass eine gemeinsame Zusammenarbeit ein einflussreicher Faktor für die Koalitionsbildung war. Besonders in wirtschaftlicher Hinsicht zeichneten sich in der letzten Legislaturperiode Erfolge ab. Das wirtschaftliche Wachstum lag über dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2013 und die Beschäftigung stieg in diesem Zeitraum mehr als doppelt so schnell. Das Kabinett Merkel III zeichnete sich darüber hinaus durch eine ambitionierte Sozialpolitik aus. Entscheidungen wie die Einführung des Mindestlohns schaden der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nicht (SZ 30.11.2017: 2). Die GroKo kam im Kabinett Merkel III ohne Haushaltsschulden aus und erreichte damit ihr Ziel der sogenannten „schwarzen Null“ (SZ 28.11.2017: 6).

Die „Vertrautheit“ der Fraktionen CDU/CSU und SPD wurde auch von Politikern zum Ausdruck gebracht. Im Oktober 2017 bedankte sich der SPD-Politiker Sigmar Gabriel für die Zusammenarbeit mit der Union und lobte die Arbeit der GroKo vor dem Hintergrund des schwierigen außenpolitischen Umfelds. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte die Arbeit des Kabinetts bei dieser Gelegenheit (SZ 19.01.2018: 5). Das Kriterium der „Vertrautheit“ scheint vor diesem Hintergrund einleuchtend und auch die „Trägheit“ der Parteien ist nachvollziehbar. Die GroKo hat in der letzten Legislaturperiode eine fruchtbare Zusammenarbeit vorweisen und positive

Ergebnisse erzielen. Bei einer Koalition mit FDP und Grünen hätte die Union nicht vorhersagen können ob die Zusammenarbeit ähnlich effizient gewesen wäre.

Im deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 kann die Hypothese, anders als die bisher untersuchten, die Koalitionsoption, die tatsächlich aus den Koalitionsverhandlungen hervorging, präzise bestimmen. Sie erlaubt ferner einen Vergleich zwischen den Jamaika- und den GroKo-Verhandlungen. Folgt man der Argumentationslogik von Franklin und Mackie (1983) scheiterten die Jamaika-Verhandlungen, da sich die Fraktionen nicht „vertraut“ waren und es nicht gewohnt waren, gemeinsam zu verhandeln. Dafür spräche auch, dass die Einigung zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union so schnell erfolgte (SZ 08.02.2018: 6).

4.8. Der Stellenwert von Konflikt

Die siebte hier getestete Hypothese besagt, dass ein erheblicher öffentlicher Konflikt die Chance auf eine Koalitionsbildung zwischen den involvierten Parteien verringert (H7). Dieser Effekt kommt besonders dann zur Geltung, wenn das Zerwürfnis im Rahmen eines Regierungsbündnisses ausgetragen wurde (Martin/Stevenson 2010: 508). Nach der Wahl im Jahr 2017 wäre folglich in Deutschland nur eine Koalition aus Fraktionen zu erwarten die in der nahen Vergangenheit öffentlich nicht durch Dispute aufgefallen sind. Martin und Stevenson (2010) treffen keine Aussagen über die Bedeutung von Größe und Ideologie bei der Vorhersage einer Koalition. Allerdings führen sie die Rolle des Konflikts als Ergänzung von Franklin und Mackies Kriterium der „Vertrautheit“ (Franklin u. Mackie 1983) zwischen Parteien an. Die „vertraute“ Option ist die GroKo aus Union und SPD.

Da es sich bei dieser Arbeit um eine vergleichende Analyse handelt, sollen im Folgenden auch vergangene Konflikte zwischen den Jamaika-Parteien untersucht werden. Da, wie bereits angemerkt wurde, nur die SPD und die FDP mit der Union koalitiert haben, kann im Folgenden einzig betrachtet werden, ob diese Regierungsbündnisse in der Vergangenheit erhebliche Probleme bei ihrer Zusammenarbeit hatten. In Bezug auf die Jamaika-Verhandlungen werden folglich nur Zerwürfnisse und Probleme zwischen der CDU/CSU und der FDP betrachtet.

Die Medienberichterstattung räumt der „chaotischen“ Öffentlichkeitsarbeit bei den Jamaika-Sondierungen eine zentrale Bedeutung beim Abbruch der Verhandlungen ein (SZ 06.01.2018: 1). Das Abstellen auf diesen Aspekt der Jamaika-Sondierungen kann

allerdings den einseitigen Abbruch nicht überzeugend erklären. In der Berichterstattung lassen sich Faktoren, welche auf Konflikte hindeuten, herausarbeiten.

Die leitende Fragestellung dieser Arbeit bezieht sich auf die Wahrscheinlichkeit der Bildung einer Jamaika-Koalition oder einer Neuauflage der GroKo. Die Untersuchung auf einen öffentlichen Konflikt hin könnte ergänzend spezifizieren, weshalb die Jamaika-Sondierungen scheiterten.

Im Kabinett Merkel I regierte die Union zwischen 2005 und 2009 und im Kabinett Merkel III zwischen 2013 und 2017 mit der SPD. Die letzte Koalition der Union mit der FDP stellt das Kabinett Merkel II dar, welches zwischen 2009 und 2013 amtierte (Decker 2011: 61). Im Folgenden soll beleuchtet werden, inwieweit es in den Kabinetten Merkel II und Merkel III zwischen den Parteien zu Spannungen kam.

Die FDP war in den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2009 auf den Einzug in fünf Bundesministerien konzentriert und bestand bei den Verhandlungen nur begrenzt auf konkrete Politikinhalte. Als Folge konnte die Partei nur wenige ihrer Wahlversprechen umsetzen. Ferner kam es intraparteilich zu Zerwürfnissen. Der FDP gelang infolgedessen bei den nächsten Wahlen kein Einzug in den Deutschen Bundestag. Zwischen 2013 und 2017 war die Partei in der außerparlamentarischen Opposition (FAZ 07.11.2017: 2). Viele FDP-Politiker vertreten die Ansicht, dass die Union den Regierungspartner damals nicht als eigenständige Kraft, sondern als Mittel zum Zweck, um die parlamentarische Mehrheit zu garantieren, instrumentalisiert hatte. Sie sehen darin den Grund für das schlechte Wahlergebnis der FDP im Jahr 2013 (FAZ 04.12.2017: 2, SZ 21.11.2017: 3).

Grundlegend für die Zusammenarbeit der SPD und der Union im Kabinett Merkel III war mitunter die sogenannte Flüchtlingskrise. Diese führte zwischen den zwei Fraktionen zu Spannungen. Die Union sprach sich unter anderem gegen einen Familiennachzug von Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz aus und wurde von der SPD darin unterstützt. Allerdings hatte die SPD diesem Vorgehen in erster Linie zugestimmt, da sie davon ausgegangen war, es handle sich bei den betroffenen subsidiär Geschützten um wenige tausend Personen. Als die Union Syrer als subsidiär Geschützte

kategorisierte, wurde klar, dass es sich um weitaus mehr Personen handeln würde, denen der Familiennachzug verwehrt bleiben sollte. Diese Entscheidung stieß sie bei der SPD auf Widerstand (FAZ 30.01.2018: 2).

Darüber hinaus zeichnete sich vor allem gegen Ende der letzten Legislaturperiode unkooperatives Arbeitsverhalten in der großen Koalition ab. Die Union stellte sich gegen das von der SPD geforderte Recht auf Rückkehr aus Teilzeit- in Vollzeitstellen und die SPD agierte in der „Ehe für alle“-Abstimmung ohne Rücksicht auf ihren Koalitionspartner (FAZ 05.02.2018: 1). Neben der Rückkehr in Vollzeitstellen konnte auch die von der SPD geforderte Solidarrente nicht umgesetzt werden.

Beide Beschlüsse waren zuvor mit der Union vereinbart worden (FAZ 05.02.2018: 2). Ferner schnitten sowohl SPD als auch CDU/CSU bei den Wahlen so schlecht ab wie noch nie seit 1949. Besonders in der SPD wird als Grund dafür die Arbeit in der großen Koalition gesehen (FAZ 24.01.2017: 1). Parteiintern wurde demzufolge Skepsis gegenüber einer erneuten Zusammenarbeit als GroKo geäußert. Andererseits nannten viele Mitglieder auch das fehlende sozialdemokratische Profil der SPD als Ursache für das schlechte Wahlergebnis (SZ 16.12.2017: 1). Aus diesem Grund stimmte die SPD auf einem Parteitag über eine mögliche Neuauflage der GroKo im Kabinett Merkel IV ab. 56 Prozent der Delegierten stimmten für Gespräche mit der Union (SZ 22.01.2018: 1). Vor dem Parteitag betonten sowohl der damalige SPD-Vorsitzende Martin Schulz als auch sein Vorgänger Sigmar Gabriel, dass sie SPD in der GroKo gute Arbeit geleistet hätte und dass die Zusammenarbeit mit der Union nicht die Hauptursache für das schlechte Wahlergebnis sei (SZ 07.12.2017: 5).

Das Konflikt-Kriterium (Martin/Stevenson 2001) in die vergleichende Analyse einzubeziehen erlaubt es den historischen Hintergrund der Jamaika-Koalition und der GroKo vertiefend zu analysieren. Zu einem Abbruch der Regierungszusammenarbeit infolge erheblicher Dispute (Martin/Stevenson 2010: 507) kam es in keinem der beiden Fälle. Allerdings unterscheiden Martin und Stevenson zusätzlich bezüglich der Schwere des Konflikts und führen an, dass auch deutlich abweichende Interessen als Konflikt bezeichnet werden können. Darüber hinaus räumen sie der Angst, Glaubwürdigkeit und folglich Wählerstimmen zu verlieren, eine große Bedeutung ein (Martin/Stevenson 2010: 508). Im Fall der FDP und der Union führten die Konflikte im Kabinett Merkel II

zur Abnahme des Vertrauens seitens der FDP (FAZ 04.12.2017: 2). Die SZ spricht in diesem Kontext von einem „Merkel-Trauma“ der Partei (SZ 21.11.2017: 3).

Der Konflikt führte bei den nächsten Bundestagswahlen zu einem erheblichen Stimmenverlust der FDP (FAZ 07.11.2017: 2). Diese Entwicklung kann als weitreichender öffentlicher Konflikt betrachtet werden.

Zwischen den Parteien gab es in beiden Kabinetten Dissens und die Zusammenarbeit war nicht immer einfach. Entscheidend scheint hier vor allem die Auswirkung auf die Wahlergebnisse im Anschluss an die Legislaturperiode zu sein.

Diese Interpretation ist auch vor dem Hintergrund der theoretischen Annahmen von von Müller und Strøm (1999) sinnvoll. Diese heben die Bedeutung von Wählerstimmen im Regierungsbildungsprozess hervor (Müller/Strøm 1999: 280).

Die ablehnende und blockierende Haltung der FDP in den Sondierungsgesprächen (SZ 25.11.2017: 2) kann als Vorsichtsmaßnahme gewertet werden. FDP-Politiker nannten neben den „inhaltlichen Differenzen bei wichtigen Themen“ auch „atmosphärische Störungen und mangelndes Vertrauen als Gründe für den Abbruch“ (SZ 25.11.2017: 2) der Sondierungsgespräche. Diese Tatsache kann als Beleg für die wichtige Rolle verstanden werden, welche ein Konflikt in der Vergangenheit bei der Regierungsbildung einnehmen kann. Der Verlust des Vertrauens zwischen den Parteien einer ehemaligen Koalition ist neben der Angst, Wählerstimmen zu verlieren, ein zentraler Grund, weshalb Parteien nach öffentlichen Konflikten nur ungern ehemalige Regierungsbündnisse erneuern (Martin/ Stevenson 2010: 508).

Aus Sorge, durch ein neues Regierungsbündnis mit der Union an Glaubwürdigkeit zu verlieren, war die FDP bei den Verhandlungen darauf bedacht, ihre angestrebten Politik-inhalte umzusetzen, ohne dabei große Kompromissbereitschaft zu zeigen (FAZ 07.11.2017: 2). Auch die SPD erzielte nach der Zusammenarbeit mit der Union im Kabinett Merkel III ein schlechtes Wahlergebnis (FAZ 24.01.2017: 1).

Allerdings kann man anzweifeln das ein schlechtes Wahlergebnis dem Ausschluss der FDP aus dem Bundestag gleichzusetzen ist. Obwohl zwischen SPD und CSU/CDU in der letzten Legislaturperiode durchaus Konflikte vorhanden waren, können diese nicht als erheblich bezeichnet werden.

Das theoretische Modell von Martin und Stevenson (2010) räumt der Bildung der Jamaika-Koalition geringere Chancen ein und kann damit den Abbruch der

Sondierungsgespräche erklären. Darüber hinaus kann die Bedeutung eines öffentlichen Konflikts ergänzend zum Kriterium der „Vertrautheit“ herangezogen werden. Die theoretischen Annahmen von Franklin und Mackie (1983) erklären nicht explizit weshalb die SPD und die Union an der erneuten Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Regierung interessiert waren und weshalb dies in den Jamaika-Sondierungen nicht der Fall war. Die Berücksichtigung des Konflikts im Kabinett Merkel II gibt allerdings Aufschlüsse darüber, weshalb die FDP sich in den Verhandlungen zögerlich verhielt und sie letzten Endes abbrach (SZ 25.11.2017: 2).

5. „Weitergehen hier gibt's nichts zu sehen“

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Bildung einer Jamaika-Koalition oder der GroKo nach der deutschen Bundestagswahl im September 2017 zu erwarten war. Es sollte ermittelt werden, ob Koalitionstheorien den deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 erklären konnten.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden daher unterschiedliche theoretische Ansätze herangezogen, um sieben Hypothesen zu formulieren.

Die ersten drei untersuchten Hypothesen wurden aus klassischen *office*-zentrierten Koalitionstheorien abgeleitet. Der Fokus der Analyse lag daher auf der Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag und auf der Größe unterschiedlicher Koalitionsoptionen. Da der Fraktion CDU/CSU die Rolle des Regierungsbildners zukam, wurden nur Koalitionsvarianten untersucht, welche die Union integrierten.

Von Neumanns und Morgensterns (1947) *minimal winning*-Kriterium konnte die Jamaika-Koalition und die GroKo als mögliche Koalitionsoptionen identifizieren. Allerdings prognostizierte dieser Ansatz eine Vielzahl an Koalitionsvarianten und erlaubte daher keinen Vergleich der beiden potenziellen Regierungsbündnisse.

Die von Riker (1962) konzipierte *minimum winning*-Hypothese kalkulierte fälschlicherweise eine Koalition aus der Union, den Grünen und der Linken ein.

Leisersons (1968) Theorie fußt auf der Annahme, dass Parteien mit möglichst wenigen anderen Parteien koalieren wollen, um möglichst viele Ämter zu besetzen. Die Theorie prognostizierte daher die Bildung der GroKo. Allerdings erscheint die Begründung Leisersons im untersuchten Kontext wenig überzeugend, da die Union sowohl bei der Bildung einer Jamaika-Koalition als auch bei der GroKo sechs Ministerposten hätte

abtreten müssen. Zudem war es die FDP, welche die Sondierungsgespräche einseitig beendete. Auf Grundlage dieser Theorie ist nicht ersichtlich, weshalb die FDP die Sondierungen mit der Union und den Grünen abbrach und damit auf Ministerposten verzichtete.

Die ämterorientierten Hypothesen können zwar die Koalitionsoptionen im Deutschen Bundestag einschränken, erlauben aber nur begrenzt eine genaue Vorhersage von Koalitionen. Ferner lassen sich daraus keine konkreten Aussagen im Bezug auf die Beantwortung der Forschungsfrage ableiten.

Office-zentrierte Annahmen geben keine Aufschlüsse darüber, ob die Bildung einer Jamaika-Koalition oder der GroKo wahrscheinlicher ist. Die Besetzung von Ämtern war im deutschen Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 durchaus von Bedeutung, kann allerdings nicht als ausschlaggebender Faktor betrachtet werden.

Auf Grundlage der Einschränkungen der ämterorientierten Theorien wurden daher im Anschluss *policy*-Ziele der Parteien und institutionelle Faktoren bei der Regierungsbildung 2017 und 2018 untersucht. Laver und Schofield (1998) heben die Bedeutung des *median legislators* im Regierungsbildungsprozess hervor und arbeiten mit einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala, um diesen zu identifizieren. Auf Grundlage dieser Skala kann auch die ideologisch-programmatische Ausrichtung von Parteien untersucht werden, welche die Koalitionsbildung maßgeblich beeinflussen kann (Axelrood 1970; de Swaan 1973).

Die Rolle des *median legislators* erscheint einleuchtend, gibt allerdings im hier behandelten Kontext keine Aufschlüsse darüber, weshalb die Jamaika-Sondierungen scheiterten. Ferner ist eine isolierte Betrachtung der Links-Rechts-Skala nur eingeschränkt sinnvoll, da mögliche Vorwahlallianzen nicht berücksichtigt werden. Bei der Untersuchung der Hypothesen konnte festgestellt werden, dass Vorwahlallianzen (Müller/Strøm 1999) im deutschen Kontext durchaus von Bedeutung waren.

Die Tatsache, dass alle Parteien eine Koalition mit der AfD ausschlossen, grenzte die Vorhersage möglicher Koalitionsoptionen ein. Nur unter Berücksichtigung dieser Einschränkung konnten die Vorhersagen sinnvoll reduziert werden.

Die Untersuchung der *policy*-Orientierung von Parteien dient nichtsdestotrotz als Trichtereffekt für die *minimal winning*-Optionen. Die Bildung einiger der dem *minimal winning*-Kriterium entsprechenden Koalitionsoptionen erscheint vor dem Hintergrund der ideologischen Distanz (de Swaan 1973) der involvierten Parteien unwahrscheinlich.

Auf Grundlage der Bewertung der eindimensionalen Links-Rechts-Skala und einer ergänzenden Medienanalyse konnten die *policy*-Positionen der Jamaik-Option und der GroKo herausgearbeitet werden. Es zeigte sich, dass sich die Union und die SPD in Bezug auf viele *policy*-Ziele schnell einigen konnten, während in den Jamaikasondierungen Dissens die Verhandlungen dominierte.

Die Medienberichterstattung verfolgte das Scheitern der Jamaika-Sondierungen extensiv und vermittelte den Eindruck es gäbe diesbezüglich „viel zu sehen“. Die Beendigung der Sondierungsgespräche wurde als unvorhersehbares Ereignis dargestellt und der Fokus auf die programmatischen Ausrichtungen der Parteien gelegt. Die Berücksichtigung koalitionstheoretischer Annahmen macht deutlich, dass neben den vorhandenen programmatisch-ideologischen Differenzen auch andere Faktoren zum Abbruch der Sondierungsgespräche zwischen FDP, den Grünen und der Union beitrugen. Die Analyse der Koalitionsverhandlungen räumt ferner der GroKo größere Chancen, gebildet zu werden, ein.

Die Bewertung vergangener Konflikte zwischen den Parteien kann die ablehnende Haltung der FDP in den Sondierungsgesprächen erklären. Die FDP hatte 2009 in den Sondierungsgesprächen mit der Union keine konkreten Politikinhalte vereinbart und konnte in der darauf folgenden Legislatur ihre Wahlversprechen nicht umsetzen. Nachdem der FDP nach ebendieser Koalition der Einzug in den Bundestag 2013 nicht gelang, stand die Partei einer erneuten Koalition mit der Union in einem Jamaika-Bündnis kritisch gegenüber. Dieses Misstrauen kann die ablehnende Haltung der FDP während der Sondierungsgespräche erklären.

Die Parteien der GroKo sind ideologisch näher, haben in der Vergangenheit gemeinsam koalitiert, konnten in der letzten Legislatur tragbare Politikergebnisse erzielen und es konnte kein erheblicher Konflikt zwischen den Unionsparteien und der SPD identifiziert werden.

Entgegen der Aussagen der Berichterstattung ist die Bildung einer Jamaika-Koalition unter Berücksichtigung koalitionstheoretischer Annahmen daher nicht die einzige „realistische Koalitionsoption“ (SZ 11.11.2017: 4). Vielmehr würde das Zustandekommen einer Jamaikakoalition den aus den Koalitionstheorien entnommenen

Annahmen widersprechen. Das Scheitern der Jamaikasondierungen ist demnach weniger überraschend als es in den Medien inszeniert wurde und das Motto „Weitergehen hier gibt’s nichts zu sehen“ trifft auf den Regierungsbildungsprozess 2017 und 2018 zu. Es gibt dahingehend „nichts zu sehen“ als dass klassische Koalitionstheorien, anders als die Berichterstattung in den Medien, den Ausgang des Prozesses auch schon im September bestimmen hätten können.

Die Koalitionstheorien leisten einen bemerkenswerten Beitrag zur Analyse des hier untersuchten Kontexts. Keine der Theorien kann allerdings isoliert angewandt ebendiesen Beitrag bewerkstelligen. Bei der Untersuchung von Koalitionsprozessen ist es daher sinnvoll, die Vereinbarkeit der Theorien zu würdigen. Eine Studie, welche die verschiedenen theoretischen Annahmen zur Koalitionsforschung in einem kohärenten Beitrag vereint, wäre daher ein interessanter Gegenstand für zukünftige Forschungen.

6. Literaturverzeichnis

Austen-Smith, David/ Banks, Jeffrey, 1988: Elections, Coalitions, and Legislative Outcomes, in: The American Political Science Review, 1 June 1988, Vol.82(2), S.405-422, The American Political Science Association

Axelrod, Robert M., 1970: Conflict of interest : a theory of divergent goals with applications to politics, Chicago, Markham

Baron, David P./ Diermeier, Daniel, 2001: Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems, The Quarterly Journal of Economics, 1 August 2001, Vol. 116(3), S.933-967, MIT Press

Bäck, Hanna, 2003: Explaining coalitions : evidence and lessons from studying coalition formation in Swedish local government, Uppsala, Uppsala Univ. Library

Bundestag, 2017 a: Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag. https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_19wp. Zugriff am: 12.05.2018

Bundestag, 2017 b: Mario Mieruch. <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/M/-/522032>. Zugriff am: 18.05.2018

Bundestag, 2017 c: Frauke Petry. <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/P/-/522604>. Zugriff am: 18.05.2018

Bundeswahlleiter, 2017: Endgültige Ergebnisse. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html>. Zugriff am: 20.05.2018

CHESDATA, 2017: Polk, Jonathan, Jan Rovny, Ryan Bakker, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Jelle Koedam, Filip Kostelka, Gary Marks, Gijs Schumacher, Marco Steenbergen, Milada Vachudova and Marko Zilovic. "Explaining the salience of anti-elitism and reducing political corruption for political parties in Europe with the 2014 Chapel Hill Expert Survey

data," *Research & Politics* (January-March): 1-9. STATA-Daten abzurufen über : <https://www.chesdata.eu/1999-2014-chapel-hill-expert-survey-ches-trend-file-1/>. Zugriff am 10.06.2018

CHESDATA, 2018: Chapel Hill Expert Survey- Mission. <https://www.chesdata.eu/>. Zugriff am : 10.06.2018

CHES- Codebook, 2017: Chapel Hill Expert Survey 2017 CODEBOOK, Polk, Jonathan, Jan Rovny, Ryan Bakker, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Jelle Koedam, Filip Kostelka, Gary Marks, Gijs Schumacher, Marco Steenbergen, Milada Vachudova and Marko Zilovic. 2017. "Explaining the salience of anti-elitism and reducing political corruption for political parties in Europe with the 2014 Chapel Hill Expert Survey data," *Research & Politics* (January-March): 1-9. <https://static1.squarespace.com/static/5975c9bfdb29d6a05c65209b/t/5abd3f57758d460daa65c360/1522351961283/CHES+2017+Codebook.pdf>. Zugriff am 10.06..2018

Decker, Frank, 2011: *Regieren im „Parteienbundesstaat“*. Zur Architektur der deutschen Politik, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften

Downs, Anthony, 1957: *An economic theory of democracy*, New York, Harper & Row

Franklin, Mark N./ Mackie, Thomas T., 1983: Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 1983, Vol.13(3), S.275-298, Cambridge University Press

Gross, Martin, 2016: *Koalitionsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene: Schwarz-Grün in deutschen Großstädten*, Mannheim, Springer VS

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG). 48. Auflage. Stand 2017. München, dtv-Verlagsgesellschaft

König, Pascal D., 2017: Intra-Party Dissent as a Constraint in Policy Competition: Mapping and Analysing the Positioning of Political Parties in the German Refugee Debate from August to November 2015, in: *German Politics*, 03 July 2017, Vol.26(3), S.337-359, Routledge

Laver, Michael/ Schofield, Norman, 1998: *Multiparty government : the politics of coalition in Europe*, Ann Arbor, Univ. of Michigan Press

Lees, Charles/ Taylor, Andrew, 2005: Explaining the 2005 Coalition Formation Process in Germany: A Comparison of Power Index and Median Legislator Approaches, In: *Politics*, 2006, Vol.26(3), S.151-160, SAGE Publications

Leiserson, Michael, 1968: Factions and Coalitions in One-Party Japan: An Interpretation Based on the Theory of Games, in: *The American Political Science Review*, 1 September 1968, Vol. 62(3), S. 770-787

Linhart, Eric, 2013: Does an Appropriate Coalition Theory Exist for Germany? An Overview of Recent Office- and Policy-Oriented Coalition Theories, in: *German Politics*, 01 September 2013, Vol.22(3), S.288-313

Martin, Lanny W./ Stevenson, Randolph T., 2001: Government Formation in Parliamentary Democracies, in: *American Journal of Political Science*, 1 January 2001, Vol.45(1), S.33-50, University of Wisconsin Press

Martin, Lanny W./ Stevenson, Randolph T., 2010: The Conditional Impact of Incumbency on Government Formation, in: *The American Political Science Review*, 1 August 2010, Vol. 104(3), S.503-518, Cambridge University Press

Mayring, Philip, 2015: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim; Basel, Beltz

Müller, Wolfgang C./ Strøm, Kaare, 1999: Policy, office, or votes? : how political parties in Western Europe make hard decisions, Cambridge [u.a.], Cambridge Univ. Press

Neumann, John von/ Morgenstern, Oskar, 1947: *Theory of games and economic behavior*, Princeton University Press

Riker, William H., 1962: *The theory of political coalitions*, Yale University Press

Saalfeld, Thomas, 2000: Coalitions in Germany: Stable Parties, Chancellor Democracy and the Art of Informal Settlement. In: *Coalition Government in Western Europe*, Hrsg. Müller, Wolfgang C. and Strøm, Kaare, Oxford University Press, Oxford, S. 32-85

Schüttemeyer, Suzanne S., 1999: Koalitionsbildungen im Bund: Sache der Parteien? In: *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen : Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden*, Hrsg.: Sturm, Roland, Baden-Baden, Nomos-Verl.-Ges, S. 81-95

Swaan, Abram de, 1973: *Coalition theories and cabinet formations : a study of formal theories of coalition formation applied to nine European parliaments after 1918*, Amsterdam, Elsevier

Im Text zitierte Artikel⁴

SZ

(abzurufen über: <https://archiv-szarchiv-de.emedien.uni-muenchen.de/Portal/restricted/Full-text.act?index=26&parentAction=ExtendedResultList>)

Heidtmann, Jan, 25.09.2017: Merkel bleibt nur die Jamaika-Koalition, S.1

Bauchmüller M./ Gammelín C./ Ludwig K./ Öchsner T., 26.09.2017: Der ganz große Spagat, S.29

Gammelín, Kerstin, 29.09.2017: Kampfzone, S.17

Balser, Markus, 05.10.2017: Feldversuch, S.19

Fried, Nico, 11.11.2017: Macht und Trauma, S.4

Balser, Markus, 18.10.2017: Straßenkampf, S.21

Fried, Nico, 19.10.2017: Das letzte Abendmahl, S.5

Gammelín, C./ Szymanski, M., 24.10.2017: Gulaschsuppe statt Bouillabaisse, S.18

Gammelín, C./ Szymanski, M./ Bullion, C. von, 27.10.2017: Vorbei die Zeit der warmen Worte, S.6

Bullion, C. von/ Fried, N./ Szymanski M., 21.11.2017 a: Spielverderber, S.3

o.A., 21.11.2017 b: JAMAICA-ZITATE: „Psychoterror ohne Ende“, S.3

Gammelín, C./ Balser, M., 22.11.2017 a: Schöne Bescherung, S.2

Rossmann, Robert, 22.11.2017 b: Eine Bewährungsprobe, aber keine Staatskrise, S.5

Bullion, C. von/ Fried, N./ Rossmann R./ Szymanski M., 25.11.2017: Der menschliche Faktor, S.2

Gammelín C./ Schulte v. Drach M., 28.11.2017: Knackpunkte einer Koalition, S.6

Bofinger, Peter, 30.11.2017: Scheitern als Chance, S.2

Bauchmüller, Michael, 02.12.2017: Friedlicher Dissens, S.3

⁴ nach Erscheinungsdatum sortiert

Hickmann, C./ Szymanski M., 07.12.2017: Appelle zur Mäßigung, S.5

Fried, Nico, 09.12.2017: Die Gestrauchelten, S.4

Hickmann, C./ Rossmann R., 16.12.2017: Im neuen Jahr wird wieder sondiert, S.1

Braun, Stefan, 08.01.2018: Es kann gelingen, S.1

Balser M./ Bauchmüller M./ Gammelin C./ Ludwig K./ Rossbach H., 10.01.2018: Einwandern leicht gemacht, S.17

Fried, Nico, 23.01.2018: Steinmeier drängt zur Eile, S.1

Balser M./ Bauchmüller M./ Gammelin C./ Ludwig K./ Rossbach H.: Augen zu und durch, S.19

Gammelin, Cerstin, 05.02.2018: Von der Arbeit bis zur Wohnung, S.2

Hickmann, C./ Rossmann R., 07.02.2018: Vertrackte letzte Meter, S.2

o.A., 08.02.2018: 179 Seiten für 4 Jahre, S.6

FAZ

(abzurufen unter: <http://www.faz-biblionet.de.emedien.ub.uni-muenchen.de>)

o.A., 25.09.107: Union trotz Verlusten klarer Sieger, S.1

Bannas, G./ Lohse, E./ Leithäuser, J., 03.11.2017: Jeder sondiert für sich allein, S.3

Leithäuser, J./ Lohse, E., 07.11.2017: Immerhin bliebe das Menschheitsgewissen, S.3

Lohse, Eckart, 04.12.2017: Ohne Plan, aber mit Linie, S.2

Bannas, G./ Lohse, E., 12.12.2017: Aller guten Dinge, S.2

Löhr, J./ Mihm, A./ Schäfers, M./ Schwenn K., 06.01.2018 a: Das sind die Knackpunkte der Sondierung, S.19

Creutzburg, D./ Mihm, A./ Schäfers M./ Schwenn K., 06.01.2018 b: Diese Köpfe werden die Wirtschaftspolitik prägen, S.20

o.A., 10.01.2018: Mahnende Worte Steinmeiers an Sondierungen von SPD und Union: 1

Altenbockum, Jasper v., 18.01.2018: Europa auf Platz 1, S.8

o.A., 23.01.2018: Wie die SPD mit neuen Punkten punkten will, S.19

Bannas, Günter, 24.01.2018: Es reicht, S.1

o.A., 30.01.2018: Nicht einfach nur nicken, S.2

Deckers, Daniel, 05.02.2018: Gut und gerne, S.1

Lohse, E./ Werner, M. : 05.02.2018: Schwarz-rote Rudelbildung, S. 2

7. Kodierleitfaden

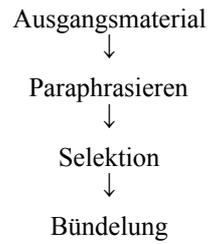
Vorgehen angelehnt an Mayring (2015: 111)

Hypothese	Kategorie	Ankerbeispiel	Kodierregeln
H1-H3	Ämter	„Denn wenn die Ämter in der neuen Regierung verteilt werden, dürfte die kleinste Partei das größte Interesse haben. In keinem anderen Wahlprogramm nehmen Ernährung und Landwirtschaft eine so große Rolle ein, wie bei den Grünen.“ (SZ 05.10.2017: 19)	Hinweise auf Ämter + Interesse an Besetzung ebendieser
H5	<i>policy-Ziele</i>	„Und während die Grünen noch strengere Gülle-Gesetze zum Schutz des deutschen Grundwassers fordern und auch ein Verbot des umstrittenen Pflanzengifts Glyphosat durchsetzen wollen, sind FDP und Union dagegen.“ (SZ 05.10.2017: 19)	Inhaltliche Ziele der Parteien, Punkte auf die Parteien bestehen, Forderungen
H6	<i>Vertrautheit</i>	„Ein Haushalt der ohne Schulen auskommt, auch „scharze Null“ genannt ist das Markenzeichen der unionsgeführten großen Koalition der letzten vier Jahre“ (SZ 28.11.2017: 6)	Positive Regierungszusammenarbeit SPD und CDU/CSU bzw. FDP und CDU, Politikergebnisse
H7	Konflikt	„In der FDP vertreten viele die Ansicht, dass es vor allem die Kanzlerin war, die den Koalitionspartner FDP so schrumpfte, dass er 2013 aus dem Bundestag flog. Seither schleppt die FDP ein Trauma mit sich herum. Ein Merkel-Trauma.“ (SZ 21.11.2017: 3)	Negative Politikergebnisse, Zerwürfnisse, negative Aussagen bezüglich anderer Parteien, Konflikt muss „erheblich“ sein

Materialreduzierung durch Zusammenfassung

Die Artikel wurden in einer Exeltabelle erfasst und den jeweiligen Kategorien zugeordnet. Bei der Selektion der Artikel (Ausgangsmaterial: 1283 Artikel)wurde darauf geachtet inhaltliche Wiederholungen zu vermeiden. Obwohl viele Artikel ähnliche Inhalte hatten, wurde in der Arbeit daher meistens nur ein Artikel als Quelle angegeben (siehe dazu Mayring 2015: 85).

Eigenständigkeitserklärung



Ich versichere, dass ich die vorgelegte Arbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, den _____

Heinrich, Carmen

